

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13.

Sonnabend, den 16 Januar 1904.

11. Jahrg.

## Hierzu eine Beilage.

### Der Kampf gegen die „Landflucht“.

In der agrarischen Presse liest man wieder einmal allerlei Lamento's über die „Landflucht“ und unterbrückt gleichzeitig deren Ursachen, wobei die agrarischen Federhelden zu der alten Erklärung gelangen. Nach dieser Erklärung ist nämlich die Ursache der Landflucht lediglich in der Freizügigkeit und den billigen Eisenbahnpreisen zu suchen. Beide beförderten die „Eisenbahnvagabondage“ und die Ueberfiedlung in die großen Städte.

Mehrfach haben wir bereits an dieser Stelle nachgewiesen, daß die wahren Ursachen der Abwanderung vom Lande lediglich in der miserablen Behandlung und Bezahlung des ländlichen Arbeiters und in den rückständigen Produktionsverhältnissen zu suchen sind. Man beiseite die ganze traurige ländliche Junker-Vorherrschaft und setze an ihre Stelle moderne Zustände, und die Landflucht wird aufhören!

Auch wir Sozialdemokraten können es nicht als einen im Interesse der Entwicklung der Volksgesundheit liegenden Zustand betrachten, wenn in den großen Städten, die sich von Jahr zu Jahr mehr ausdehnen, gerade die proletarische Bevölkerung gezwungen ist, unter den elendesten Verhältnissen zu wohnen. Gerade wir würden solchen Zustand gern ändern, um dadurch die Gesundheit des Arbeiters zu heben, sein Leben zu verlängern. Freilich sehen wir dabei in der modernen Großstadt nicht den Hüllensfuß von Verzweiflung, Unglück, Krankheit und Tod, als welcher sie von den Agrariern dargestellt wird. Unsere Großstädte sind die ragenden Leuchttürme der Zivilisation, deren Licht um so heller ins Land fällt, je kläglicher die Zustände draußen sind. Erst wenn da Wandel geschaffen ist, wenn der Landarbeiter von der Knete des Junkers erlöst ist und unter der leidlichen Freiheit des gewerblichen Arbeiters lebt, wenn das Verkehrsleben gebessert ist, wird das schrankenlose Wachstum der Großstädte aufhören und die Bewohnerzahl des platten Landes sich mehren. Es scheint aber, als solle es noch lange dauern, bis es gelingt, die große Zwingburg der Reaktion zu zerbrechen, die ihr Fundament auf dem platten Lande hat.

Die Vorbeugungsmaßregeln, welche von reaktionärer Seite vorgeschlagen werden, sind natürlich derart, daß sie an Junker-Vorherrschaft nicht tippen. Man bemüht sich jetzt auf dem Lande mit dem Bau von Arbeiterwohnungen, um auf solche Weise wenigstens einen Teil der Landfluchtursachen, die jammervollen ländlichen Wohnungsverhältnisse zu beseitigen.

Dazu wird das Kapital der Landesversicherungsanstalten flüssig gemacht. Ein Professor Gerlach in Königsberg bespricht die Sache in den „Annalen des Deutschen Reichs“, um für diese Lösung der Landfluchtfrage im Sinne unserer Junker Stimmung zu machen.

In Süpreußen, worüber Gerlach berichtet, haben öffentliche Verbände Baugenossenschaften, in denen natürlich die Junker mitzureden, mit den Geldern der Landesversicherungsanstalt, auf dem platten Lande Arbeiterwohnhäuser errichtet. Nun fordert Gerlach auf, in Zukunft diese Häuser zu Erwerbshäusern zu machen, indem der Mieter sie durch allmähliche Abzahlung als Eigentum erwerben könne. Die durch die Baugenossenschaften herzustellenden Gebäude müssen in den Dörfern Eigentum der Bauern oder Tagelöhner, auf den Gütern Eigentum der Gutsherrn sein oder wenigstens nach einer gewissen Frist werden.“ Ueber diese Art Sozialpolitik werden die Junker mehr schmunzeln als die Arbeiter. Denn es läuft darauf hinaus, daß den Gutsherrn das Geld zum Bau von Arbeiterwohnungen, welches sie selbst nicht haben oder nicht riskieren müssen, aus den Millionen der Arbeiterversicherung vorgeschossen wird. So muß den Junkern Alles zum Besten dienen, auch die Bekämpfung der Landflucht.

Und man schlägt dabei zwei Fliegen mit einer Klappe! Die Junker haben von der Geschichte den Profit und überdies steigert sich die Verklavung des Landarbeiters, wenn man ihn derart an sein wirkliches oder vermeintliches häusliches Bestium, in dem seine Abzahlungsgrößen festes, bindet. Man macht ihn „widerstandsfähig“ gegen die Sozialdemokratie. Das drückt ein reaktionäres Blatt recht schön mit dem gutgesinnten Riesensatz aus: „Wenn sich überall geeignete Männer finden, die sich opferwillig einer im höchsten Interesse der Gesamtheit liegenden Aufgabe unterziehen wollen, dann ist die Hoffnung berechtigt, daß in wenigen Jahrzehnten zahlreiche gesunde und billige Arbeiterwohnungen auf dem Lande entstehen und das damit der zweifellos sehr bedenklichen Landflucht und auch dem Eindringen der Sozialdemokratie in die Kleinbäuerlichen und die ländlichen Arbeiterkreise ein stärkerer Damm entgegengekehrt wird.“

Das ist des Fabels Kern! Die Sozialdemokratie soll ein bischen mit bekämpft werden. Man baut dem Landarbeiter an Stelle seiner elenden Schmhütte ein etwas besseres Wohnhäuschen, welches er in jahrelangem Zahlen schließlich als sein Eigen erwerben kann — sofern nicht der Junker auf seinem Gute die Arbeiterhäuser bauen läßt und erwirbt

— und der Landarbeiter soll dafür brav reaktionär wählen sowie die Sozialdemokratie „bekämpfen.“

Was ist denn nun der Kampf gegen die Sozialdemokratie? Es wird immer von ihm geredet, ohne daß sein Wesen näher betrachtet wird. Kampf gegen die Sozialdemokratie — Ei, das ist der Kampf gegen die politische und soziale Gleichberechtigung der Arbeiter, gegen den Arbeiterschutz, gegen das Arbeiterinteresse! Und da ist denn die naive Unerschämtheit der Junker recht erfrischend, die da wollen, daß zukünftig in noch höherem Maße aus den Mitteln der Arbeiterversicherung die Summen hergeliehen werden sollen — zum Kampfe gegen die Arbeiterversicherung!

Zum Glück nützt unseren Junkern und ihren Anwälten dies Alles keinen Pfifferling. Und wenn sie noch so viele Arbeiterhäuser auf dem Lande bauen mit den Geldern der Arbeiterversicherung, die Arbeiter werden darum doch auch weiterhin der Fuchtel des Junkers zu entfliehen trachten. Die Ursachen der Landflucht liegen nur zum Teil in den traurigen Wohnungsverhältnissen auf dem Lande. Im Allgemeinen liegen sie in dem ganzen Hörigkeits-Loose, welches noch heute der Landarbeiter hat, ob auch die Hörigkeit dem Buchstaben nach längst aufgehoben ist. Und daraus will der Junker den Landarbeiter nicht erlösen. Ueber steht er der Landflucht weiter zu und beifügt sich damit, daß er für die nach den Städten abwandernden heimischen Arbeiter das Proletariat Polens, Rußlands und Galiziens herbeiholt, deren Existenzverlangen sich auf der tiefsten Stufe menschlichen Begehrens bewegt.

Die Frage der Ueberföllerung der Großstädte im Zusammenhang mit der Entvöllerung des platten Landes ist gewiß eine der wichtigsten Kulturfragen. Immer drängt sie sich von Zeit zu Zeit wieder auf. Aber alle Erfahrungen haben bewiesen, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht die Fähigkeit besitzt, sie zu lösen. Sie müßte brechen mit der jetzigen Form des Grundeigentums, der Bodenbewirtschaftung, der Entschlung des Landarbeiters. Daran aber hat das Ausbeutertum kein Interesse. Das Ausbeutertum der Landwirtschaft nicht, weil es damit seine wesentlichsten Junker-Vorrechte befestigt; das Ausbeutertum der Industrie nicht, weil ein wirkliches Aufhören der Landflucht ihm ja nur die billigen Arbeitskräfte nehmen würde, die ihm gerade jetzt alljährlich vom platten Lande zufließen. Der Kampf gegen die Landflucht ist eine der großen Aufgaben, welche die Zukunft sich und der Sozialdemokratie vorbehalten hat.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags brachte die nachfolgende Interpellation ein: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die russische Regierung im deutschen Reichsgebiet Polizeiaagenten zur Ueberwachung russischer und deutscher Staatsangehöriger unterhält; daß zu diesem Zweck russische Polizeiaagenten Verbrechen verübt und auch versucht haben, andere Personen zu Verbrechen zu bestimmen? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen? Der Herr Reichskanzler wird ferner um Auskunft über folgende Fragen erucht: Wie kommt es, daß in Königsberg gegen Reichsangehörige wegen angeblicher Beihilfe zum Hochverrat gegen das russische Reich und zur Beleidigung des russischen Kaisers ein Verfahren eingeleitet worden ist, bevor der die Strafbarkeit bedingende Strafantrag der russischen Regierung vorlag? Auf wessen Veranlassung und auf welchem Wege ist die russische Regierung zur Stellung des Strafantrags veranlaßt worden?

Die Handwerkerversicherung im Reichstage. Der Reichstag ist mitten in sozialpolitischen Debatten. Waren es am Mittwoch die Bergarbeiter, deren soziale Lage im Anschluß an unsere Interpellation wegen der Wurmkrankheit erörtert wurde, so war es Donnerstag die Frage der Ausdehnung der Zwangsversicherung auf die Handwerker, die das Haus wieder in einer sehr ausgebeuteten Sitzung beschäftigte, nachdem die Einstellung des Strafverfahrens gegen Genossen Thiele-Halle ohne weitere Erörterung bewilligt worden war. Die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf die selbständigen Handwerker, die ein Einkommen bis zu 2000 M. haben, ist eine alte sozialdemokratische Forderung, die schon im Jahre 1883 von unserer Fraktion erhoben worden ist. In dem Bestreben, sozialpolitisch zu renommieren, schmückten sich die Nationalliberalen mit unseren Forderungen und betrauten ihre neu gewonnene Kraft, den in Offenbach a. M. gewählten Dr. Becker mit der Aufgabe, eine Interpellation zu begründen, die die Einbeziehung der Handwerker in die Alters- und Invaliditätsversicherung forderte, während die ebenso wichtige Unterstellung der Handwerker unter die Krankenversicherung beim eiligen Abschreiben unserer alten Anregungen offenbar vergessen worden war. Herr Dr. Becker hatte am Mittwoch schon ein Beispiel gegeben von der Art, wie er den

Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie geführt hatte — mit überflüchtigen Unterstellungen, Verdrehungen und wirren, konfusem Behauptungen. Donnerstag vervollständigte er das Bild seiner Persönlichkeit durch die überaus große Unwissenheit, die er in seiner Rede hervortreten ließ. Dieser offizielle Fraktionsredner einer Partei, die sich gern selber als die von Besitz und Bildung bezeichnet, weiß in unserer sozialen Versicherungsgefeßgebung durchaus nicht Bescheid. So ist er der Meinung, daß den Gesellen, wenn sie sich selbständig machen, ihre Versicherungsbeiträge herausbezahlt würden. Die Antwort, die Graf Posadowsky der Anregung selber gab, klang sehr ablehnend. Prinzipiell ist ihm der Gedanke sehr unsympatisch, die Wohlthaten der staatlichen Fürsorge für das Alter und die Invalidität nicht nur dem unselbständigen Arbeiter, sondern auch dem selbständigen Handwerker zuteil werden zu lassen. Er wittert dahinter Sozialismus, und die armen Nationalliberalen mußten sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie mit ihrer Interpellation nur dem „Staate des Herrn Bebel“ vorarbeiteten. Interessant waren die Mitteilungen des Staatssekretärs über die Wittwen- und Waisenversicherung, die diesem ultramontanen Schemen die letzten Konturen nahm. Was allenfalls übrig bleiben wird, ist nach den Worten des Staatssekretärs eine Unterstüßung auf „allerschmalster Grundlage“ für die bedürftigsten Wittwen. Und auch das ist nur möglich, wenn Arbeiter und Unternehmer zu Beiträgen herangezogen werden. Herr Trimbom vom Zentrum nahm diese Mitteilung, die den hohen Redensarten des Zentrums über den Segen der von ihm angebahnten Wittwenversorgung den Boden entzog, mit philosophischer Ruhe auf. Dieser Drahtzieher hat von vornherein gewußt, was es mit dem Schöngericht auf sich hat, das den katholischen Arbeitern aufgesetzt worden ist. Im Uebrigen stellte sich Herr Trimbom ganz an die Seite des Grafen Posadowsky und wies den Gedanken einer Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Handwerker als noch nicht ausgereift zurück. Um die Handwerker zu trösten, hat er ein andere Axttrappe für sie in Bereitschaft; er stellt den Innungsmeistern das ausschließliche Recht der Lehrlingsausbeutung in Aussicht. Gen. Kollenuhr ging mit den Sozialpolitikern des Zentrums und der Nationalliberalen scharf ins Gericht. Herr Dr. Becker fertigte er mit glücklicher Fronte ab und Herr Trimbom erinnerte er daran, wie das Zentrum immer versagt habe, wenn es sich um die Einbeziehung der Handwerker in die Kranken- und Altersversicherungen gehandelt habe. Dem Grafen Posadowsky wies er nach, daß seine finanziellen Bedenken gegen die Unterstellung der Handwerker unter den Versicherungszwang unbegründet seien, der die soziale Entwicklung immer notwendiger mache. — Die weitere Debatte ergab, daß die Freunde der Ausdehnung des Versicherungszwangs ziemlich dünn im Hause gefäß waren. Nur eine Gruppe der Rechten, mit dem Tischlermeister Pauli an der Spitze, trat mit den Antisemiten für ihn ein, während ein Waise und Herr Dr. Bachnick von der Freikämpten Vereinigung ihn mit stark mancherlichen Gründen bekämpfte. Auch bei den Nationalliberalen herrschte keine besondere Begeisterung für die eigene Interpellation; das klang aus den Reden des Herrn Dr. Bahig und des Herrn Pagemann deutlich hervor. Herr Bahig zog ziemlich unvermittelt den Crimmitschauer Streik herbei, um die von dem E. fatter Landgerichtsdirektor Pagemann im schneidigsten Tone vorgetragene Behauptung zu rechtfertigen, daß die Sozialdemokratie politische Gegner boykotte. Er erwies sich damit als eines der in Crimmitschau von den Fabrikanten gepfropften Keifer, von denen wir bei der demnächstigen Debatte über Crimmitschau noch einige mehr kennen lernen werden. Genosse Kollenuhr wies denn auch die verdächtigende Behauptung würdig zurück. Die Debatte endete mit einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum, die von Bebel mit großer Berbe geführt wurde, während Herr Bachem nur schwach erwiderte. Am Freitag wird die Interpellation wegen des Zeugniszwangs verhandelt werden; am Sonnabend fällt die Sitzung aus.

Der Kolonialetat in der Budgetkommission. In der Budgetkommission des Reichstages wurde Donnerstag die Beratung des Etats der Kolonialverwaltung zu Ende geführt. Es gab mehrfach recht lebhaft Auseinandersetzungen. Zunächst wurde die Forderung von 5000 M. als Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung der kolonialchemischen Abteilung des pharmazeutisch-chemischen Instituts in Dahlen beanstandet. Es handelte sich hier, so wurde geltend gemacht, um eine verheißene Reichsanstüßung für das preussische Institut, welches die paar Untersuchungen kolonialer Produkte ganz gut unentgeltlich leisten könne, zumal Preußen ja auch davon Nutzen habe. Der Abg. Speß (B.) meinte, daß die bayerischen Institute die Untersuchungen gerne unentgeltlich machen würden, wenn das preussische sich weigern sollte. Demgemäß wurde die Forderung gegen drei konervative Stimmen gestrichen. — In recht erregten Debatten kam es dann bei der Forderung von 35 000 M., die für Kommissionskosten ohne nähere Zweckangabe wiederum verlangt werden. Es stellte sich heraus, daß die

Kolonialverwaltung bereits im laufenden Jahr zwei Kolonial-  
attaches in Paris und London (Dumiller und Zimmermann)  
angestellt und aus den Mitteln dieses Fonds besoldet, der  
noch dazu um 8000 Mark überschritten worden ist.  
Die Redner der verschiedenen Parteien erhoben ganz ent-  
schieden Protest gegen diese Eigenmächtigkeit,  
gegen die Verschleierung und Täuschung des  
Reichstages gegenüber. Abg. Müller-Gulda (S.)  
charakterisierte diese Attaches als politische Sine-  
curen, die nur gesellschaftlicher Repräsentation dienen  
sollen. Einstimmig wurde die ganze Position ge-  
billigt. Auch die Forderung für eine Sommerwohnung  
des Gesandten in Teheran wurde abgelehnt.

**Eine Gefälligkeit für Crimmitschau?** Die  
Interpellation des Zentrums über die Be-  
rufsvereine ist bekanntlich vorläufig von der Tages-  
ordnung des Reichstages abgesetzt worden, weil der  
Reichskanzler ihre Beantwortung erst zu einem späteren  
Termin beabsichtigt. Harmlose Gemüter glauben diese Ver-  
zögerung darauf zurückführen zu dürfen, daß die Regierung  
beim Legen eines Gesetzes nicht gefordert sein wolle und  
nächstens die Zentrums-Interpellation in Form einer Gesetzes-  
vorlage zu beantworten gedenke. Mißtrauische Seelen  
glauben aber für die entstandene Verzögerung einen andern  
Grund zu wissen. Es war nämlich allmählich, auch durch  
die Presse, durchgedrungen, daß die Zentrums-Interpellation  
der Sozialdemokratie erneute Gelegenheit  
bieten würde, über sächsische und vor allem über Crimmits-  
chauer Koalitionsfreiheit zu sprechen. Das  
ist nun glücklicherweise verhindert worden, und die Crimmitschauer  
Arbeitgeber sowie die sächsischen Behörden haben allen  
Grund, darüber froh zu sein — auch dann, wenn die Zu-  
rückhaltung des Kanzlers auf andere Gründe zurückzuführen  
wäre.

**Neue Geschäftslieferungen.** Aus Essen (Ruhr)  
melbet die „Voss. Ztg.“: Vor einigen Tagen weilte ein Ver-  
treter der Firma Krupp in Berlin, um mit der Regie-  
rung wegen Lieferung von Geschützen neuester  
Konstruktion zu verhandeln. Die Bestellung wird  
folgen.

**Im Seniorenkongress des Reichstages** drückte  
Präsident Graf Ballestrem am Donnerstag die Befürchtung  
aus, daß auf Interpellation allein noch eine bis zwei Wochen  
hingehen müßten. Der Präsident ersuchte deshalb, in den  
Sitzungen auf möglichst kurze Reden hinzuwirken. Er habe  
nur das eine Mittel, die Verhandlungen abzukürzen, daß er  
für jede Interpellation nur einen Tag zur Verfügung zu-  
lasse, selbstverständlich in Uebereinstimmung mit der Mehrheit  
des Hauses. Wegen der Eröffnung des Landtags soll am  
Sonntag keine Reichstags-Sitzung stattfinden.  
Vor der Erledigung der zweiten Staatsberatung soll kein  
Schwermetalltag abgehalten werden, sondern auf Anregung  
Singers soll die Abänderung der Geschäftsordnung beraten  
werden.

**Krankenkassen und Kinderzuschlag.** Die Haupt-  
schwierigkeit des jetzt in Kraft getretenen Kinderzusch-  
laggesetzes liegt darin, daß die Befolgung seiner Vorschriften  
nicht leicht zu kontrollieren ist. Die offizielle Durchführungs-  
behörde ist, da wir soziale Sozialbehörden nicht haben, die  
Polizeibehörde; in Wirklichkeit wird aber wohl in der Haupt-  
sache die Lehrerschaft darüber zuwachen haben, daß das  
neue Gesetz von den Eltern und Arbeitgebern befolgt wird.  
Es giebt aber noch andere Korporationen, die geeignet sind,  
bei der Kontrolle der neuen Vorschriften mitzuwirken, nämlich  
die Krankenkassen, an die man bisher noch nicht ge-  
dacht hat. Auch Schulräte sind, sofern sie in gewerblichen  
Betrieben tätig sind, zur Krankenkassen anzuweisen, denn das  
Krankenträgergesetz kennt eine untere Altersgrenze  
nicht. Auf Grund der bei den Krankenkassen eingehenden  
Anmeldungen kann also leicht die Zahl der in den gewerb-  
lichen Betrieben beschäftigten fremden Kinder festgestellt  
werden. Die Krankenkassen, die wie jedermann ein Interesse  
daran haben, daß das neue Gesetz wirklich befolgt wird,  
werden also darüber zu wachen haben, ob Kinder in ver-  
botenen Betrieben tätig sind. Den Polizeibehörden aber ist  
zu empfehlen, sich von den Krankenkassen anzeigen zu lassen,  
wenn schulpflichtige Kinder zur Anmeldung gelangen. Auf  
Grund dieser Anzeigen können leicht die weiteren Ermitt-  
lungen vorgenommen werden.

**Der Rittertag.** Am Dienstag wurde in  
Breslau bei dem 1. Kavallerie-Regiment in Gegenwart  
Wilhelm II. der Rittertag vorgenommen. Nur bei diesem  
Regiment besteht noch der Brauch, daß die säch-  
sischen Offiziere mit einem alten Kavallerieabteil drei Schläge auf den  
Rücken erhalten. Wir würden von dieser mittelalterlichen  
Bereitschaft keine Notiz nehmen, wenn nicht der Rittertag-  
spruch gleichsam die gesamte Lebensweise der preussischen  
Ritterklasse umfasse: Den ersten Schlag für den Kaiser und  
König, den zweiten für die alte Kaiserin, den dritten für  
Jugend und Fortschritt. Der dritte Schlag übersteht  
lautet die dem jungen Ritter auf den Lebensweg mit-  
gegebene Lebensweisheit also: 1. Interzession dich weder für  
die politischen noch wirtschaftlichen, noch für die kulturellen  
Verhältnisse deines Vaterlandes. Gehörte dem Oberen deines  
Vaterlandes — das genügt. 2. Sei ein toller Sportsmann  
und habe die eines Kampfes. 3. Sei gelant gegen die  
Damen und betryb auch die kleinen Mädchen nicht. Wenn  
diese Lebensweisheit auch nicht tief ist, so ist sie doch sehr  
bequem. Der Kopf kommt dabei am besten weg, von ihm  
wird gar nichts verlangt.

**Freiwillige Arbeiterfreundschaft.** Als Haupt-  
anliegen ist die Statutenänderung in Nürnberg schon  
lange bekannt. Nun hat sie ihren Abschluß erreicht  
ein neues Statut eingeleitet. Die Arbeiter der Nürn-  
berger Gewerkschaften erlöschten, daß ihnen die neuen  
Statuten, die sie machen müssen, ohne daß sie nur das  
Geringste davon vernommen hätten, besetzt werden und  
sogar mit 25 Proz. Mehrheit, eine Veränderung, die in den  
meisten Gewerkschaften schon lange durchgeführt ist. Die  
freiwillige Statutenänderung in Nürnberg kann sich aber nicht  
nicht leisten, sie wird das Gesetz ab, da die Arbeiter  
eine „Eigentümlichkeit des Betriebes“ und  
die Höhe der Gewerkschaften schon höher sein,  
als die der anderen sächsischen Arbeiter. Diese Höhe  
gibt aber nur einen über 3 Hund pro Tag hinaus. Nur  
den Mitgliedern wurde der Lohn um 20 Prozent  
und den Schmeißern um 15 Prozent erhöht.

**Aus einer neuen kleinen Garnison.** In der  
sächsischen Garnison Pirna fanden Duell die zwischen  
einem Oberleutnant und einigen Leutnants  
wegen einer Ehebruchsaffaire statt. Zwei  
Leutnants wurden verwundet. — Ob Herr v. Einem  
wieder von einer „bereinigten Erscheinung“ reden wird, die  
man nicht verallgemeinern soll?

**Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.** Aus  
Hessen wird der „Voss. Volksztg.“ geschrieben: Noch ist  
die Presse dabei, immer neue Handlungen unseres Großher-  
zogs anzuführen, die geeignet sein könnten, den „Hamb.  
Nachr.“ und verwandten Seelen das Leben zu vergällen, da  
kann ich Ihnen eine Kunde übermitteln, die geradezu Ent-  
setzen bei den „gut“, „best.“ und „allerbesten“ Staats-  
stößen hervorruft wird. Zunächst sei bestätigt, daß der  
Großherzog die Aufführung von „Berleins „Zapfenstreich“  
im Darmstädter Hoftheater wenn nicht direkt gewünscht, so  
doch als etwas selbstverständliches geneh-  
migt hat. Weiter ist richtig, daß im Laufe der ver-  
floffenen Woche der Großherzog eine mit schwerer Last ver-  
sehene alte Bauernfrau zu sich in den Wagen nahm, um sie  
ein gut Stück Wegs mitzunehmen. Doch das sind schließlich  
Dinge, die nicht sonderlich schwer wiegen; ich weiß schlim-  
meres zu berichten. In Mainz ist Karneval und  
daran nehmen alle Bevölkerungsschichten teil. Mit der  
Schellenkoppe auf der Dentenfirn sitzen die rabulaksten und  
revisionistischen Sozi — Karnevals-Revisionisten existieren  
nicht — neben dem geldschwersten Kapitalisten. Und die  
gleiche Heiterkeit bricht durch, wenn vom Podium herunter  
die „Narren“ ihre Kalauer zum besten geben. Diese Narren  
sind rote und schwarze Schuster und Schneider, liberale Kauf-  
leute und — ja, jetzt kommt das Schreckliche — die höchsten  
Zivil- und Militärbeamten des wilden Landes. Die Redner-  
tribüne hat die Form einer Gale und darüber leuchten uns  
die tiefstimmigen Berge entgegen:

Sei lustig, du Schode, was leidst denn Not,  
Du lebst ja so kurz und so lang bist tot.  
Drum allemal fidel und gar nicht zu knapp,  
Bermach Deine Erde Dein Stern und Dein Kapp.  
Und nun tritt gewichtiger Schritte auf die Galentri-  
büne — haltet euch jezt in Sachsen, Preußen usw. — der  
Provinzialdirektor v. Gagen, ein Sohn des 1848  
gefallenen Generals, der in Hessen die Stellung bekleidet,  
die in Preußen ein Regierungs- oder Oberpräsident einnimmt.  
Und er hebt also an: „Narrrhalles! Nur zugend betrete ich  
die Gale, sie ist das Symbol der Weisheit, und nicht jedem  
ist es gegeben, im Gewande der Narrrheit Weisheit zu ver-  
zapfen. Gern komme ich in die Narrrhalle (Mainzer Stadt-  
halle), denn das ist die einzige Versammlung, wo Bourgeois  
und Sozi in Brüderlichkeit tagen.“ Gagen verurteilt dann  
die Bürgermeister von Mainz und Gießen, um schließlich  
das Feld zu räumen dem Generalmajor v. Zastrov,  
der die Garnison Mainz und die hübschen Mädchen feierte.  
Er wurde abgelöst von prächtigen Narren, die unter tosen-  
dem Beifall die neuen Aechselstücke veralteten und sich das  
Wort Garnison verbat, weil die Rainzerinnen sonst gar  
zu leicht an die „kleinen Garnisonen“ denken und danach  
handeln könnten. Nun frage ich einen gutgehumten Men-  
schen, was aus dem Hessenlande werden soll, wenn das so  
weiter geht! Der Landesvater unterhält sich mit Sozial-  
demokraten, besucht wandernde Handwerkerburschen und läßt  
den „Zapfenstreich“ aufführen. Die höchsten Staatsbeamten  
und der Pfalzkommandant feiern „in Brüderlichkeit“ den  
Karneval mit den bösen Sozi! Ja, wenn das wenige Wochen  
nach dem Bülowwerden, die ebenfalls von der Gale herab als  
höchste Berufung nicht ulzig, sondern um ihren eignen Will  
nicht abzuweichen, ganz ernsthaft vorgebracht wurden, pas-  
sirt, dann ist es wahrscheinlich die höchste Zeit, daß Hessen  
ameliert und Preußen oder Sachsen einverleibt wird.

**Endlich einmal ein kleiner sozialer Fortschritt**  
in Berlin. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung  
hat im vorigen Jahre beschlossen, den Magistrat zu erfuchen,  
den städtischen Arbeitern, die fünf Jahre lang im  
städtischen Dienst sich befinden, jährlich einen Urlaub von  
einer Woche unter Fortbezug des Lohnes zu  
gewähren. Ein Antrag des Magistrats, den städtischen  
Arbeitern erst nach zehnjähriger Dienstzeit diesen Urlaub zu  
bewilligen, war abgelehnt worden. Der Magistrat ist nun-  
mehr dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung bei-  
getreten.

**Die Beschlagnahme des „Simplizismus“.** Der  
bayerische Minister des Innern erklärte, die Beschlagnahme  
des „Simplizismus“ sei auf ein von Stuttgart aus  
eingeliefertes Exemplar beschränkt, gemäß § 166 des  
Strafgesetzbuchs und ferner wegen der „Prebig“, die fitt-  
liche Erziehung“ und wegen des Textes zu einem der Bilder.  
Die Strafkammer des Landgerichts München bestätigte  
auf erhobene Beschwerde die Beschlagnahme. Es sei alles  
ordnungsgemäß vor sich gegangen.

**Der Aufstand der Hereros in Deutsch-Süd-  
westafrika** nimmt immer mehr an Ausdehnung zu.  
Nach den letzten amtlichen Meldungen aus Swakopmund  
schloß sich auch der Hereroskapitän Michael  
in Omaruru dem Aufstand an. Aufgehoben ist die  
Gefangen bis Karibib noch in Betrieb, wo die umwohnenden  
Hereros verbannt sind. Seitens von Karibib sind  
jedoch die Gefangen verlassen und teilweise ausge-  
wandert. Die von Swakopmund unter dem Kommando des  
Obersten v. Jilow auf Otjandja in Namib geschickte  
Kolonne in Stärke von 100 Mann passierte Nacht, 50 Kilo-  
meter westlich von Otjandja. Das deutsche Kriegsschiff  
„Gobet“ erhielt in Kapstadt Befehl, sich beschleunigt nach  
Swakopmund zu begeben. Zur Befreiung der anständigen  
Hereros haben zunächst 400 Mann der deutschen  
Schutztruppe zur Verfügung; dazu kommen die einberufenen,  
im Lande wohnenden Mannschaften der Ersatzreserve und  
der Landwehr 2. Aufgebots; ferner die 300 Mann des auf  
der Landwehr befindlichen Abwehrregiments. Man nimmt  
ferner an, daß die Potentiaten Hendrik Witbooi und anderer  
benachbarter Stämme sich an dem Kampfe gegen ihre  
Feind „Hereros“ beteiligen werden. Schließ-  
lich können im Notfall auch die beiden Kanonenboote der  
benachbarten Station Mannschaften abgeben.

**Klein politische Nachrichten.** Die Reichstags-  
erwahl in Strim-Garoda für den ver-  
storbenen Polen v. Gledoi findet am 10. Februar  
statt. — Der Kruppenerwerb in Schwesig-  
Sommatalben hat die Freiwirtschaftliche Volks-  
partei des Reichstages, nach der „Voss. Ztg.“, den  
Volkschullehrer Otto Werten in Berlin als

Kandidaten aufgestellt; derselbe hat die Kandidatur  
angenommen. — Wie aus parlamentarischen Kreisen  
bestimmt verlautet, wird der Entwurf über die Ver-  
fassungsreform dem Reichstage zu Beginn der  
nächsten Woche zugehen. — Der preussische Handels-  
minister beruft jedoch behufs einer Beratung über die  
Wurmkrankheit eine weitere Konferenz der  
Krankheitsärzte nach Berlin. Die Konferenz soll  
nach vorstern abgehalten werden. Die sozialdemo-  
kratische Interpellation trägt also bereits Früchte. — Auch  
den Offizieren und Mannschaften der Garnison  
in Hannover ist der Besuch von Beyerleins  
„Zapfenstreich“ verboten worden. — Die Hoch-  
zeit des Abgeordneten Korsantj scheint noch zu  
einem „Kirchenstreit“ führen zu wollen. Aus Kratau wird  
berichtet: Wie die hiesigen Blätter melden, strengte der  
hiesigen Kreuzkirche, Mikulski, eine Klage an, weil dieser  
trotz des Verbotes die Trauung des deutschen Reichstags-  
abgeordneten Korsantj vorgenommen hatte. — Das  
braunschweigische Vereins- und Versammlungs-  
gesetz soll dahin geändert werden, daß auch  
weibliche großjährige Personen an solchen Vereinen und  
Versammlungen teilnehmen dürfen, welche der Nächsten-  
liebe oder der Erziehung und dem Unterricht weiblicher  
Personen dienen. Diese Aenderung ist so unbedeutend,  
daß an dem jetzigen Zustand damit kaum etwas gebessert  
wird. — Unter Führung des deutschen Kongreßmitgliedes  
Bartholdi organisierte sich in New York eine parla-  
mentarische Gruppe für ein Weltfriedens-  
gericht.

### Frankreich.

**Der Ausstand der Arbeiter in den mechanischen  
Werken von Lyon,** der seit dem 20. Dezember  
währte, ist beendet. Auf weissen Seite der Erfolg liegt,  
geht aus der Wolffschen Drahtung nicht hervor.

### Afrika.

**Die europäischen Zivilstaaten am Kongo.** Im  
West-Afrika „Welt“ wird der Brief eines englischen  
Missionärs, der seit dem Jahre 1888 im Kongo Gebiete  
lebt, veröffentlicht. In demselben wird eine Schilderung ge-  
geben, wie die weißen Kulturträger die Eingeborenen zur  
Arbeit, beziehentlich zur Ablieferung von Gummi zwingen.  
In einer Station am oberen Kongo ist ein großes „Gummi-  
lager-Haus“ errichtet, in welchem die Eingeborenen den  
Gummi abliefern müssen. Wehe, wenn sie nicht genug bringen.  
Stocher ist das mildeste, was ihnen droht, vielmehr  
werden sie sofort niedergeschossen, „damit die Ueberleber den  
fleißiger werden!“ Da diese Kreaturen nicht einen Schuß  
Pulver wert sind“, läßt man häufig eine Anzahl von ihnen  
hintereinander antreten und schießt ihrer mehrere durch eine  
Kugel nieder. Auf einer anderen Station sah der Missionar  
Haufen von Menschenknochen im Grafe herumliegen, er  
zählte 36 Schädel. Auf Befragen wurde ihm gesagt, daß,  
als der Gummivertrag begann, viele der Schwarzen von den  
Soldaten niedergeschossen wurden, und daß man den Ueber-  
lebenden vielfach nicht erlaubte, ihre Toten zu begraben. —  
Hier sind es die Belgier, über die sich ein Engländer be-  
schwert, anderwärts treiben es jedoch die englischen Zivil-  
isatoren nicht besser und in gleicher Weise fassen die euro-  
päischen Kulturträger aller Nationen ihre Mission in den  
überseeischen Ländern auf.

### Ostasien.

**Zur Lage.** Nach einer Meldung der „Daily Mail“  
aus Tokio ist die neue Antwort Japans zwar  
sehr höflich und persönlich abgefaßt, aber sie  
betont doch in bestimmter und unzweideutiger Weise, daß  
Japan von seinem Standpunkte nicht zurück-  
gehen könne. Japan teilt mit, es sei außer stande, Ruß-  
lands Vorschläge bezüglich der Mandchurie und namentlich  
die bezüglich Korea anzunehmen. Wie der „Frankf. Ztg.“  
zuverlässig aus Paris gemeldet wird, verständigte Frankreich  
England, daß Frankreich infolge des Allianzvertrages  
nur dann zu aktivem Eingreifen genötigt und  
bereit sei, wenn in Europa kriegerische Ope-  
rationen gegen Rußland von einer dritten  
Macht unternommen werden. New Yorker Blätter  
schlagen vor, Korea solle angesichts des amerikanisch-  
japanischen Vertrages, welcher die Eventualität eines An-  
griffs auf Korea vorsieht, Amerika anrufen zwischen  
Japan und Rußland zu vermitteln. Die „Pacific  
Rail Company“ erhielt die Nachricht, daß Japan drei  
Dampfer der „Oriental Steamship Company“ nötigte, ihm  
zu dienen.

## Süden und Nachbargebiete.

Freitag, den 15. Januar 1904

Ein völlig ungerechtfertigter Lohnabzug ist den bei  
der Expeditionsfirma H. J. Meiners beschäftigten Aus-  
hülfskutschern z. für die Feiertage gemacht worden. Diese  
Leute stehen in einem Wochenlohn von 18 Mk. Hier-  
von hat man ihnen nun sowohl den Lohn für die beiden  
Weihnachtsfeiertage als auch für den Neujahrstag abge-  
zogen, während man f. Bt für den Fuß- und Bettag  
einen derartigen Abzug nicht gemacht hat. Dieser Abzug  
ist, wie auch das hiesige Gewerbegericht bei ähnlichen  
Streitigkeiten entschieden hat, ungesetzlich. Die Leute  
stehen im Wochenlohn und müssen demnach auch die  
Feiertage mit bezahlt erhalten. Offenlich holt man das  
jezt seitens der genannten Firma nach.

**Achtung, Schlachtergehilfen!** Wie bekannt, befinden  
sich die Schlachtergehilfen Hamburgs in einer  
Lohnbewegung und es ist nicht ausgeschlossen, daß er durch  
die Halsstarrigkeit der Meister den Gehilfenforderungen  
gegenüber noch zum Streit kommt. Daß die Meister sich  
auf einen Gewaltstreik einzurichten scheinen, geht aus der  
nachstehenden Meldung hervor, die das Wolffsche Bureau  
verbreitet:

Berlin, 14. Januar. Gegenüber dem in Ham-  
burg drohenden Ausstand der Schlachter-  
gehilfen erläßt der Vorsitzende des Deutschen Fleischer-  
verbandes in der „Allgem. Fleischerg.“ einen Aufruf  
an alle Obermeister und Sprechmeister des 35000 Mit-  
glieder zählenden Verbandes, dafür zu sorgen, daß eine  
Reserve von Gesellen, die eintretendenfalls nach  
Hamburg abgehen bereit wäre, zur Verfügung steht,  
um Störungen im Fleischerebetriebe und in der Fleisch-  
versorgung Hamburgs vorzubeugen.

Allen unbewussten Schlachtergehilfen erwächst hieraus  
die Pflicht, den Bezug nach Hamburg schon jetzt  
Kreuz fernzuhalten!  
Arbeiterschaft und Handlungsgehilfen. Der Massen-  
kampf in Crimmitschau dürfte bei allen denkenden Arbeit-  
tern die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der gewer-

schäftlichen Organisation befestigt und vertieft haben. Jene armen Proletarier, die um Hungerlöhne arbeiten mühten, die als sie die geringfügige Verfrachtung der Arbeitszeit auf täglich 10 Stunden verlangten, nachdem sie jahrelang erfolglos darum gebeten hatten, brutal auf Pfahle geworfen wurden, jene armen Proletarier hätten den Kampf mit dem Unternehmertum um Verbesserung ihrer Lage nicht aufnehmen können, wären sie nicht organisiert gewesen, stände ihnen nicht die Solidarität der gesamten organisierten Arbeiterklasse zur Seite. Bei den wirtschaftlichen Kämpfen tritt die Tatsache mehr und mehr in den Vordergrund, daß es wichtig ist, nicht nur den eigenen Beruf gut organisiert zu sehen, sondern zu wissen, daß auch die Bruderorganisationen erstarkt sind, vorerst, um die unmittelbaren Berufsaufgaben zu lösen, dann aber, um in schweren Zeiten, wenn es nötig ist, den Klassen-genossen hilfsbereit beistehen zu können. — Die gegenseitige Hilfe in der Agitation, die von den Gewerkschaften schon immer ausgeübt wurde, bildet eines der schönsten Schmuckstücke, worauf die Solidarität aller Arbeiter verzeichnet steht. Wenden wir uns heute im Interesse der Handlungsgesellschaften an dieses solidarische Gefühl, so vertrauen wir, daß jeder der Unserigen gerne sein Möglichstes aufbietet, um die ihm erreichbaren indifferenten Gehälften und Gehälftinnen ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgesellschaften und Gehälftinnen Deutschlands, sich Hamburg, anzuschließen. Ein großer Teil der Handlungsgesellschaften und Gehälftinnen geht aus dem Arbeiterstande hervor, es bedarf deshalb vielfach nur einer geringen Umpolung, um diese Gleichgültigen an ihre Klassenpflicht zu erinnern, sie zu bestimmen, mit ihren Berufsgenossen zu gemeinsamem Wirken sich zu vereinigen. Die Verhältnisse der Handelsangestellten sind lange nicht so glänzend, als es das Neuhere dieser Arbeiterschaft scheinbar machen könnte. Die Arbeitszeit, die Gehaltsverhältnisse, der Zeugniszwang, die mangelhafte Gerichtsbarkeit im Handelsgewerbe, geben trübe Schilderungen der wahren Zustände. Die kaufmännischen Ortskrankenkassen führen in ihren jährlichen Berichten erschröckend hohe Krankenziffern an Lungenerkrankungen, Erkrankungen der Atmungsorgane u. s. f. bilden einen außerordentlich starken Prozentsatz der Krankheiten und Todesfälle. Der auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Zentralverband tritt mit Energie für eine Abstellung der Mißstände ein, die Gebung der Lage der Gehälften und Gehälftinnen wird von ihm tatkräftig erstrebt. Der Beitritt zu dem Verband ist für die Handelsangestellten um so empfehlenswerter, als Stellenlosenunterstützung, Rechtshilfe usw. gewährt werden. Die Verbandszeitung „Handlungsgesellschaften-Blatt“ wird den Mitgliedern frei und unentgeltlich zugestellt. Der monatliche Beitrag für männliche Mitglieder beträgt 1 Mk., für weibliche 60 Pf. Die Adresse des Verbandsvorsitzenden, durch den Formulare zu Beitrittserklärungen, sowie Probenummern des Fachblattes erhältlich sind, lautet: Max Josephsohn, Hamburg 1, Valentinskamp 92.

Auf die Notiz des freisinnigen Organs hinsichtlich des Wöltcherstreiks bei Frick u. Co. wird uns von der Lohnkommission folgendes mitgeteilt: „Der Ausstoß ist nicht, wie es in jener Notiz heißt, in Szene gesetzt worden, um den Arbeitgebern die Macht der Organisation fühlen zu lassen, sondern er ist hervorgerufen durch das Verhalten des Herrn Frick. Es handelt sich hier auch nicht, wie behauptet wird, um Sardinienfässer, sondern um die viel größeren Ochsenmaulsalzfässer. Diese Fässer sollten nun anstatt der viel leichter anzubringenden doppelten Reifen einfache erhalten. Für die hierdurch hervorgerufene Mehrarbeit forderten die Wöltcher 1 Pfennig mehr. Vollständig aus den Fingern gezogen ist die Behauptung, Herr Frick hätte den bei ihm vorstellig gewordenen Wöltchern geantwortet, er könne den Zuschlag nicht bezahlen, er wolle aber sofort dem Auftraggeber schreiben. Herr Frick hat tatsächlich gesagt, er hätte schon mit dem Verkäufer korrespondiert, da er es selbst einsehe, daß die Gesellen nicht mit dem Lohn auskommen könnten. Er habe deshalb auch bei dem Auftraggeber auf 2 Pfennig Zuschlag angehalten. Dieser aber habe geantwortet, er könne auf keinen Fall mehr geben. Herr Frick sagte dann noch hinzu, die Arbeiter sollten sich mit ihren Kollegen einigen. Eine solche, Herrn Frick genehme Einigung aber kam erklärtermaßen nicht zustande, was auch Herr Frick mitgeteilt wurde. Hierauf antwortete dieser ganz einfach, wer die Arbeit nicht für den Preis anfertigen wolle, könne nach Hause gehen, für den hätte er keine Arbeit mehr. Erst am Sonnabend, als die in so willkürlicher Weise auf die Straße geworfenen Wöltcher ihren Lohn abholen wollten, erklärte Herr Frick, daß die fragliche Arbeit, nachdem er an den Auftraggeber geschrieben habe, wieder nach der alten Methode angefertigt werden sollte. Er vergaß aber jedenfalls, hinzuzufügen, daß die Streikenden nun die Arbeit wieder aufnehmen könnten. Als sich nun der von der Sachlage unterrichtete Hauptkassierer des Verbandes aus Bremen zu Herrn Frick begab, um mit diesem zu unterhandeln, erklärte letzterer, was er (der Hauptkassierer) denn eigentlich hier wollte, er hätte doch in Bremen bleiben sollen. Die Lohnkommission möchte kommen. Diese begab sich dann Dienstag zu Herrn F., dieser aber ließ sich auf nichts ein, nachdem die Lohnkommission entsprechend den Bestimmungen des Tarifes, der auch von Herrn Frick unterzeichnet worden ist, forderte, daß Herr F. sich mit seinen Arbeitern über die Höhe des im Tarife nicht festgesetzten Lohnes für doppelreife Fässer einigen sollte. „Das ist die wahrheitsgemäße Schilderung des Sachverhalts.“ — Nach derlei kann es für uns keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Ausstoß einzig und allein dem prozesshaften Vorgehen des Herrn Frick seine Entstehung verdankt. Da muß es uns mehr Wunder nehmen, daß man noch die Unversämtheit beugt und die Sache unter Verdrehung der Tatsachen sowohl im hiesigen freisinnigen Organ, als auch im „Hamburger Fremdenblatt“ als Beweis für den „Erosionismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ anführt. Eine solche „freisinnige“ Kampfesweise richtet sich von selbst!

Zu dem Kleinbahnprojekt Lübeck-Segeberg wird mitgeteilt, daß die städtischen Kollegien von Segeberg in ihrer letzten Sitzung 300 Mk. zu den Kosten der Vorarbeiten bewilligt haben. Dasselbe Summe gewährte auch der Kreisaußschuß des Kreises Segeberg. Lübeck soll zwei Drittel der Kosten zu den Vorarbeiten übernehmen. Es ist nunmehr wohl nicht mehr daran zu zweifeln, daß das Projekt zur Ausführung gelangt.

Warnung vor Mutterkorn. Da sich im letzten Sommer hier und in den Nachbargegenden streifenweise Mutterkorn (*Claviceps purpurea*) häufiger gezeigt hat, sieht sich das Medizinamt veranlaßt, auf die Gefährlichkeit desselben hinzuweisen. Wenn auch in allen größeren gut eingerichteten Mühlenbetrieben die Reinigungsvoorrichtungen derartige sind, daß eine Verunreinigung des gewonnenen Mehles durch Mutterkorn nicht zu befürchten ist, so ist bei

kleinen und veralteten Einrichtungen ein Hineingelangen von Mutterkorn ins Mehl keineswegs ausgeschlossen. Der Genuß von Brot, das aus solchem Mehl bereitet wurde, kann zu Gesundheitschädigungen führen, deren Gefährlichkeit bei länger fortgesetztem Genuße wächst. Es ist deshalb eine sorgfältige Reinigung des Getreides vor dem Vermahlen notwendig. Ebenso kann das Vieh durch Futtern mit Mele oder Mahlabgängen, welche Mutterkorn enthalten, schwer geschädigt werden.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Holz- und Tiefbau, vorm. Gebr. Heltmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Deffentlicher Schlachthof. Im Dezember 1903 wurden geschlachtet: Ochsen 41, Vollen 31, Rühne und Starke 596, fette Kälber 429, mütterne Kälber 716, Lämmer 0, Ziegen 48, Schweine 3805, Schafe 382, Pferde 94, zusammen also 6141 Tiere gegenüber 5291 im gleichen Monat des Vorjahres. Beantwörungen: Bei lebenden Tieren: Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 2 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Kollaus, 1 Schwein wegen Schweineflechte, 2 Schweine wegen ekelhaften Geruchs des Fleisches, 1 mütterne Kalb wegen Tuberkulose, 1 mütterne Kalb wegen Lungen- und Brustzellentzündung. 2. Auf der Freibank wurden verkauft: 1 fettes Kalb Tuberkulose, 6 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 8 Schweineschinken wegen Tuberkulose. Dem Zoologischen Garten wurden zur Fütterung der Tiere überwiesen: 2 Rühne wegen Abzehrung, 1 Kuh wegen Abzehrung und wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 1 mütterne Kalb wegen ungenügender Ausblutung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 899 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 1026 Kg. auswärts geschlachtetes Fleisch wurden im Schlachthof untersucht. Davon wurden beanstandet: 1 Schwein wegen Kollaus, 1 Schwein wegen mangelhafter Ausblutung.

Invalidenversicherung der Seeleute. Die Beiträge für die versicherungspflichtigen Seeleute sind von den Rhebern an die Geschäftsstelle für die Invalidenversicherung der Seeleute in Lübeck abzuführen und zwar stets für das abgelaufene Jahr in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres. Die Beitragszahlung hat von den Rhebern ohne Aufforderung zu erfolgen. Für den Fall der Nichtinnahaltung der Frist sehen die betreffenden Bundesratsvorschriften Ordnungsstrafen vor. — Wir bringen deshalb den Rhebern die ihnen obliegende Verpflichtung in Erinnerung.

Mit Bafalsignalen, nämlich Regeln und Flaggen, ist die hiesige Sturmwarnungsstation auf Wunsch der Direktion der Hamburger Seewarte ausgerüstet worden. Bereits gestern Abend wurde anlässlich einer von Hamburg eingegangenen neuen Sturmwarnung ein schwarzer Fegel mit der Spitze nach unten gerichtet, neben dem Signalbau aufgezo-gen.

Die Wöltcher der Fabrik von Frick u. Co., Moisinger Allee 70, sind wegen Lohn Differenzen ausständig geworden. Zugang ist fernzuhalten.

Kleine amtliche Nachrichten. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Schön hat Senator Kulenkamp die Geschäfte des Dirigenten des Polizeiamtes übernommen. — Die Schweineflechte auf dem Gehöfte der Witwe Dettmann in Schönböden ist erloschen.

Handelsregister. Am 13. Januar 1904 ist eingetragen 1. bei der Kommanditgesellschaft in Firma „St. Jürgen-Dampfmühle, Kommanditgesellschaft, Fr. Ewers“ in Lübeck: Der persönlich haftende Gesellschafter E. F. Hennings, sowie ein Kommanditist sind aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der Müller C. R. G. Guthmann ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Vermögens-einlage eines Kommanditisten ist erhöht; 2. bei der Firma Charles Petit u. Co. in Lübeck: Dem Kaufmann J. D. Tesdorpf in Hamburg ist Procura erteilt; 3. die Firma Johannes Klüßmann in Lübeck: Inhaber: J. Klüßmann, Kaufmann und Agent, Lübeck. Angegebener Geschäfts-zweig: Agentur- und Kommissionsgeschäft.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Sahna, der seitens der Königl. Staats-anwaltschaft in Altona wegen schweren Diebstahls feld-brieflich verfolgt wird. — Einem Schlossergesellen wurde durch seinen Logiskollegen ein graues Sommerjacket und eine dunkelbraune, noch sehr gut erhaltene Hofe gestohlen.

Stöckelsdorf. Die Wegemeinde des Stöckels-dorf ist nach einer Bekanntmachung der Regierung die Erlaubnis erteilt, Handlungen, welche zur Vorbereitung der Verbreitung und Schauverlegung des Lohweges (Gemeinde-nahweg Nr. 2 der Wegemeinde des Stöckelsdorf) erforderlich sind, auf den an den Lohweg angrenzenden Grund-stücken vorzunehmen. Die Eigentümer der betreffenden Grundstücke müssen die bezeichneten Handlungen geschehen lassen, es ist ihnen aber bei dadurch etwa erwachsende Schäden zu ersehen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In dem Güterdepot des hannoverschen Bahnhofes in Hamburg fand gestern eine Gasmeßerexplosion statt, durch welche zwei Personen erheblich und mehrere andere leicht verletzt wurden. Das Gebäude erlitt beträchtlichen Schaden, der auf 4000 Mark geschätzt wird. — Zwei in einer Stärke-fabrik in Hamburg angestellte Brüder unterschlugen ihrem Chef 87 000 Mk. und verdufteten dann. Sie wurden in Bielefeld bei ihrer Mutter verhaftet. — Das Altonaer Schwurgericht verurteilte den früheren städtischen Voll-ziehungsbeamten Johansen, der für die Stadtkasse ein-kassierte Gelder im Gesamtbetrage von 2088 Mark unter-schlagen hat, zu 18 Monaten Gefängnis. Ferner wurde der aus Ruffe gebürtige Hofkote Weins, der als Land-briefträger in Treubolz ihm amtlich anvertraute Gelder in Gesamthöhe von reichlich 60 Mk. verantraute, zu 9 Mo-naten Gefängnis. — Ein verschwendendes Kind verurteilt seit einigen Monaten der Kieler und Hamburger Polizei eine größere Arbeit. Es handelt sich um das 6 Monate alte Töchterchen eines Dienstmädchens. Das Kind hat am 19. Juni 1903 das Licht der Welt erblickt. Acht Tage alt wurde das Kind bei einer Frau, welche anscheinend dem Arbeiterstande angehört, als eigen abgegeben. Die Frau misst dem Kinde ist seitdem spurlos verschwunden. Die Recherchen lassen mit Bestimmtheit darauf schließen, daß die Kleine nach Hamburg geschafft worden ist und für den Zweck einer Kindesunterziehung verwendet wurde. — Der Lehrer Ahrens in Eller bei Kiel, der viele Jahre Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Stenographen-bundes gewesen, kürzte sich, anheimelnd in einem Anfall von Geistesgekränktheit, aus dem Fenster seiner Wohnung. Er war sofort tot. Ahrens war verheiratet. — In der Kieler Garnison-Arztensanstalt versuchte sich ein wegen Diebstahls von 40 Mk. zu 4 Monaten Gefängnis und De-gradation verurteilter Matrose zu erhängen. Er wurde jedoch noch rechtzeitig entdeckt. In einem Briefe an seine

Eltern beteuert er seine Unschuld. — Dienstagabend stürzte in Mallin bei Benglin der dort expedierende Weichen-steller Behne vom Gruboden herab und schlug mit dem Kopfe auf den Boden. Seine herbeileidende Frau fand ihn blutüberströmt liegen, wurde vor Schreck bewußtlos und verließ nach einer Stunde. B. selbst ist Mittwochs seinen Verletzungen erlegen. Das Ehepaar hinterläßt drei un-überlebende Kinder. — Mittwochnachmittag warf sich auf dem Gärtnerei Bahnhof ein Sträfling, welcher in das Zuchthaus befördert werden sollte, vor den Zug, um sich überfahren zu lassen. Der Transporteur sprang ihm nach und konnte ihn dicht vor der fahrenden Lokomotive von den Schienen reißen. — Die Bremer Bürgererschaft beschloß, von der früher angeregten Erhebung einer Rad-fahrer- oder Fahrradsteuer wegen ihrer schwierigen Durch-führbarkeit abzusehen. Sie stimmte ferner der Erneuerung und Bemalung des Rolanddenkmals zu. — Befehlagnahmt hat die Oldenburger Polizei Wilkes Buch „Aus einer kleinen Garnison“. — Die Ems steigt rapid. Man be-fürchtet von einer Ueberschwemmung mit Eisgang ernste Gefahren. Die Schifffahrt ruht.

Flensburg. Wie der Maat dem Matrosen die Nase pukt. Vor dem Kriegsgerichte der Marine-division in Flensburg hatte sich am Sonnabend, wie schon kurz unter „Kleine Chronik der Nachbargebiete“ gemeldet, der Wachtmeistersmaat Herr. Krause wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Der Angeklagte ist bereits einmal wegen eines gleichen Vergehens mit einem Beweise verurteilt worden. Am 30. November v. J. hatte sich bei der Verrichtung einer Arbeit auf dem Schiffschiffe „Blücher“ der Torpedohelzer Seegert etwas laut be-nommen. Er wurde deshalb von dem Angellagten zur Rede gestellt. Bei dieser Gelegenheit packte der Maat den Matrosen an der Nase, weil er glaubte, auf dessen Gesicht ein Lächeln bemerkt zu haben. Bei dem Herumdrehen der Nase beschmutzte er sich die Finger, die er nun an der Kleidung des Matrosen abwischte. Darauf versetzte er ihm eine schallende Ohrfeige. Der Angeklagte erklärte, durch das Lächeln des Seegert, welches von diesem bestritten wird, habe er sich in seiner Würde als Vorgesetzter ge-kränkt gefühlt; auch habe er diesen nicht mißhandelt, son-der ihm nur leicht an die Nase geriffen und ihm nur eben so leise längs die Wange gestrichen. Mehrere Augen-zeugen des Vorfalles erklärten das leise Streichen der Wange für eine herbe, schallende Ohrfeige, und sei auch die Wade des Geschlagenen mehrere Stunden hindurch gerötet gewesen. Das Urteil des Kriegsgerichts lautete wie bekannt, auf 14 Tage Mittelarrest.

Bremen. Endlich ertappter Dieb. Als Dieb der feinerzeit auf dem Lloyd dampfer „Karlsruhe“ während der Rückreise von Australien 15 000 Mk. ist der Steward Georg Albert verhaftet worden. Damit ist der Verdacht von dem verhafteten Zahlmeister genommen. Albert verschwand feinerzeit in Neapel, ein Stechbrief blieb erfolglos. Nun machte er den dummen Streich, sich als „Freiherr v. Graillheim“ mit einer „Dame“ auf dem Lloyd dampfer „Gera“ von Neapel nach Australien einzuschiffen. Zufällig war an Bord der „Gera“ ein Steward, der mit dem Freiherrn von Graillheim zu-sammen in Dienst gestanden hatte. Dieser unterrichtete den Kapitän, der in Port Said den Betrüger verhaften ließ. Von der gestohlenen Summe fand man noch 5600 Mk. vor. Albert wird nach Bremen gebracht.

Odenburg. Der Streit der Ärzte mit der Ortskrankenkasse nahm am Dienstag bei der Vertreterwahl der Arbeitnehmer zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse eine für die Ärzte ungünstige Wen-dung. Ihre Liste unterlag gegenüber der von der Orts-krankenkasse aufgestellten mit 228 gegen 653 Stimmen. Darnach wird künftig der jetzige Vorstand der Kasse wiedergewählt und nicht ein neuer, den Ärzten gefügiger. Der Kampf ist hier mit Erbitterung geführt worden. Die allopathischen Ärzte machen die größten Anstrengungen, nicht mit den fünf hier anässigen Biochemikern und einem Naturarzt konsultieren zu müssen. Der Ausgang des Kampfes ist ganz ungewiß.

## Letzte Nachrichten.

Schweidnitz. Verurteilter Gattenmörder. Das Schwurgericht verurteilte den Mörder Ohnesorge, der im Oktober vorigen Jahres seine Frau in schrecklicher Weise hingschlachtete, zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Stettin. Zufall? Am Weihnachtsfeste ver-schwand hier einer Wittve ein Lächterchen von 7 Jahren. Alle Nachforschungen nach demselben blieben erfolglos. Dienstag Nachmittag fand man in einem Neubau in der neu angelegten Allee Straße die vollständig zer-stückelte Leiche des Mädchens.

Berlin. Wegen Verfolgungswahnsin-nigte Donnerstag eine ganze Familie, bestehend aus zwei Brüdern und einer Schwester sowie deren Dienst-mädchen ins Irrenhaus gebracht werden.

Göttingen. In Flammen steht seit Donnerstag Morgen die Ortschaft Wladershausen an der Werra. Bis Mittag waren bereits vierzehn Gebäude nieder-gebrannt.

Nürnberg. Lebende Fackel. Im Walde beim Rangierbahnhofs wurde nachts ein hunger-Gold-schlagergehilfe von zwei Unbekannten überfallen, beraubt, mit Spiritus über-gossen und angezündet. Die Kleider wurden vom Leibe gebrannt. Der Ueberfallene erlitt tödliche Brand-munden.

München. Verfolgter Gattenmörder. Die W. N. R. melden, daß gegen den hier anässigen prakti-schen Arzt und Schriftsteller Dr. Justin Jwan Braunstein, geboren in Wipperfurth (Reg.-Bez. Köln), ein Steckbrief erlassen sei. Dr. Braunstein soll im Auslande seine Frau ermordet haben. (Inzwischen ist bereits Dr. Braunstein in Nervi [Italien] verhaftet worden. Red.)

Paris. Ein Mord der durch seine Motive hemer-kenwert ist, wird aus Loulon gemeldet. Ein Sol-dat, Namens Chretien, Kurche eines Offiziers Trouille, war von diesem Kommando abgelöst worden, weil er die Gemahlin des Offiziers belästigt hatte. Er benutzte die Abwesenheit des Offiziers von der Wohnung, um dorthin zurückzukehren, schlug die Frau nach langem Kampfe nieder und kürzte sie aus dem Fenster. Die Frau ist tot. Der Mörder wurde verhaftet.

La Rochelle. Ein heftiger Sturm verhindert jedes Auslaufen der Schiffe. Der von Rio de Janeiro kommende englische Dampfer „Laurel Wood“ erlitt an den Felsen der Insel Sein Schiffbruch; von der Be-satzung wurden 13 Mann gerettet, zehn sind er-trunken.

St. Louis. Fahrstuhlunfall. In der Schuf-fabrik von Brown führten nach Feierabend elf Personen mit dem Fahrstuhl ab. Acht davon waren auf der Stelle tot.



## Die Militärfrommen auf dem Kriegspfad.

wp. Ein bekannter Spruch lautet: „Haben Sie schon einen wütenden Sachsen gesehen? Ne, aber ich denk ferchterlich.“ Und ferchterlich sind auch die Militärfrommen in ihrem Grimm, wie man jetzt beobachten kann. Was hat sie so in Garnisch gebracht? Etwa die Tatsache, daß die Milliarde, die Armee und Marine alljährlich in holber Eintracht verschlingen, in erster Linie den Ärmsten des Volkes abgenommen wird? Oder der Umstand, daß jährlich Millionen für militärische Theateraufführungen hinausfliegen? Nein, so etwas regt ein militärfrommes Gemüt nicht auf. Die Rückenfaute, die in die preussischen Offiziersmäntel einzunähen ist, sowie die Einföhrung der Achselklappe für diese Mäntel, haben den Apporiterpubeln des Kriegsministers die Milch der frommen Denkart in gärenden Drachengift verwandelt. Nur schade, daß das Gift gänzlich deplatziert ist! Zu den wenigen vernaünftigen Neuerungen des Zickzackkurses auf dem Gebiete der militärischen Uniformierung gehört nämlich auch die letzte Neuerung. Die eingenähte Rückenfaute im Offiziersmantel, die in Bayern schon früher vorgeschrieben war, macht den Mantel sehr bequem. Dessen man die Tuchspange, die ihn rückwärts zusammenhält, so wird er weit wie ein Schlafrock, was namentlich im Winter und auf Vorposten sehr wohlthätig ist. Und bei Regenwetter schützt der Mantel vor Nässe, auch wenn er nur umgehängt wird.

Was die Achselklappe anbelangt, so war es schon längst ein Bedürfnis, daß die deutschen Offiziere auch im Mantel nach ihren Chargen erkennbar wurden, weil der Rangniedere den Ranghöheren zuerst grüßen muß. Im gewöhnlichen Garnisonleben konnte man die Abzeichen entbehren, da man sich hier vom Dienst, vom Gasthaus, von den gemeinsamen Festlichkeiten her kannte. Besuchte ein Offizier in Uniform aber eine fremde Garnison, so waren er und die ihm begegnenden Kameraden bei regnerischem oder kaltem Wetter auf die „Physiognomie“ angewiesen. Es begann dann die Einschätzung nach dem „Kopf“. Hatte einer noch einen jungen Kopf, so wurde er als Leutnant toziert, Offiziere mit alten Köpfen rangierte man unter die Oberste und Oberste Leutnants ein und die Abstellungen, die dazwischen lagen, verteilte man möglichst gewissenhaft auf die Oberleutnants, Hauptleute und Majore. Daß diese Art „Erkenntnistheorie“ recht wenig Sicherheit bot, ist klar. Die Neuerung ist also durchaus nicht so überflüssig, als sie von den momentanen in Opposition stehenden Militärfrommen hingestellt wird. Warum haben denn die Dieber nicht bei gänzlich werkslosen, ja schädlichen Neuerungen früherer Zeit Sturm geblasen? Welch ein gräßliches Möbel ist der 1889 eingeführte preussische Infanteriesäbel für den nicht berittlenen Offizier? Dem Offizier, der zu Fuß gehen muß, sollte überhaupt nur der Degen gegeben werden, denn er allein ist beim Marschieren nicht hinderlich. Höchstens ist noch ein leichter Säbel statthaft. In Preußen aber wurde an Stelle des Degens eine schwere, pallaßschähnliche Plempe vorgeschrieben.

Witte der 90er Jahre wurden gleich gar Vackdiesel für gewisse dienstliche Gelegenheiten eingeführt. Man denke im Dienste: Vackdiesel! Es fehlte nur noch, daß die Offiziere rosa Schleißen in den Haaren tragen müßten. Eine schöne Erfindung war auch der graue Offiziersmantel, der für die Armeebeschneider den Vorzug hat, daß er schneller schmutzig wird als der schwarze. Nicht minder großartig war die Feldbinde, die ins Feld gar nicht mitgenommen werden kann, weil sie die Leutnants und Hauptleute, die sich in der Schützenkette aufhalten, dem Gegner schon auf große Entfernungen kenntlich machen würde. Wir wollen alle unpraktischen und zwecklosen Neuerungen, die der Zickzackkurs in Bezug auf Uniformen besiedelt, nicht nennen, sondern wenden uns wieder der Frage zu, warum die Militärfrommen jetzt plötzlich den wilden Mann spielen. Die Antwort ist leicht.

Die in der Armee sich häufenden Ständale stinken dermaßen zum Himmel, daß mit der alten Bewehrung des Heeres gebrochen werden muß. Selbst die sanften Tierchen, die an der geistigen Futterkrippe der nationalen Presse stehen, wollen von der unentwegten Lohndelerei nichts mehr wissen. So wird denn der hochenden Volksseele Rechnung getragen und wegen kleiner Vorkommnisse, die vor objektiven Augen im Vergleich mit den sonstigen Sünden des Molochs Blunder sind, Rabau aufgeschlagen. Dieses Mal ging der Spektakel auch noch zur Unzeit los. Daß die Komodie in den oberen Regionen auch nur im geringsten Einbruch hervorruft, ist nicht wahrscheinlich. Auf dem Dauch liegende Sklaven imponieren selbst dann nicht, wenn sie mit den Weinen trampeln. Dermalen ist einmal ein Russenkurs im glorreichen Deutschen Reich Trumpf und so wird die deutsche Offiziersuniform langsam aber sicher russifiziert. Nach unserer Schätzung wird es nicht mehr lange dauern, bis z. B. die deutschen Offiziere ihre Säbel nach russischem Muster an einem Bandel von der rechten Schulter zur linken Hüfte tragen müssen. Vielleicht wird auch noch das Falgessen eingeführt und am Ende werden gar noch die Dragoner Kosaken getauft und mit der nötigen Zahl von angenehmen Haaren und Hautgästen künstlich versehen.

## Soziales und Partelleben.

**Terrorismus überall.** Aus Neu-Ruppin wird gemeldet: Am Sonnabend, den 9. d. Mts., wurden bei der Firma H. Friede hierseitig 17 Schlosser wegen Verbandszugehörigkeit gekündigt. — Den von der Firma Hensmann in Großkönigsdorf (Rheinland) wegen ihrer Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiterverband entlassenen Arbeitern wurde, wie der „Kölnischer Lokal Anzeiger“ berichtet, folgendes Zeugnis ausgestellt: „Dem Fabrikarbeiter N. N. bescheinige auf Wunsch, daß derselbe sich während der Zeit, wo derselbe in meinem Betriebe beschäftigt war, zu meiner Zufriedenheit geführt hat. Seine Entlassung erfolgt, weil derselbe einem Verbandsmitglied beigetreten war, wovon ich Mitglied in meinem Betriebe nicht dulde.“ Bekanntlich rühmen sich die Christlichen, sie wollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer versöhnen, und nicht wie die freien Gewerkschaften, den Klassenkampf führen. Neben so vielem anderen zeigt auch dieses Zeugnis wieder, wie wenig Verständnis die Herren Unternehmer dem christlichen Berühmungsstandpunkte entgegenbringen. Ob die christlichen Arbeiter aus solchen bitteren Erfahrungen lernen werden?

**Heidelberger Studenten für die Crimmitschauer Ausgesperrten.** Mehrere Heidelberger Studenten sandten dem „Hamb. Echo“ 25 Mk. für die Crimmitschauer „zur Ausrückung der Not und zur Unterstützung im Kampfe“. — Es gibt also an deutschen Universitäten doch noch Jünglinge, für die der Idealismus kein leeres Wort ist.

**Mit feinen Arbeitswilligen macht der Diefabrikant Dank in Lauf schlimme Erfahrungen.** Einer derselben, der frühere Glaschleifer Hanauer, wurde jetzt als Einbrecher entlarvt, und zwar hat er bei seinem Unternehmer selber eingebrochen und eine Quantität Gewaren usw. entwendet. Es scheint fast, als ob die Löhne, die Herr Dank seinen Arbeitswilligen bezahlt, so gering seien, daß die Leute sich dabei nicht satt essen können, weil sie zum Diebstahl von Gewaren greifen.

**Welche Berufe sind die gefährlichsten?** Die Unfallstatistik gibt uns darüber interessante Auskunft. Nur muß dabei beachtet werden, daß lediglich äußerliche Verletzungen in Frage kommen; die oft sehr schweren Schädigungen der Gesundheit, die mit der Ausübung einzelner Tätigkeiten verknüpft sind, finden keine Berücksichtigung. Die nachstehenden Zahlen geben an, wieviel von tausend Vollarbeitern, also Arbeitern, die dauernd und ausschließlich in einem Berufe beschäftigt sind, jährlich Unfälle erlitten haben. Die niedrigste Ziffer weist die Tabakindustrie mit 0,6 auf.

Es folgt dann das Buchdruckerergewerbe mit 2,5, die Bekleidung mit fast ebenso viel und die Textilindustrie mit 3,2. Unerwartet gering sind die Unfälle in der Glasfabrikation: 4,8. Die Töpferei und Ziegelei stehen ungefähr auf gleicher Höhe mit 4,5. Ebenfalls niedrig erscheint die Zahl in der Metallverarbeitungsindustrie und Feinmechanik: 5,9. Es folgen jetzt Gas- und Wasserwerke (6,1); Papierfabrikation (6,2); Nahrungsmittelindustrie (6,8); Straßenbahnen (7,1); Seeschifffahrt (8,0); Eisen- und Stahlerzeugung (10,1). Es kommen dann die Mälererei, Brennererei und verwandte Gewerbe mit 11; das Baugewerbe (11,7); die Dampfschifffahrt, die also mehr Unfälle aufweist als die Seeschifffahrt mit 13,8; und schließlich mit der höchsten Zahl das private Fuhrwerk und Spektationswesen mit 16,6 Unfällen auf 1000 Arbeiter. Die Gesamtdurchschnittsziffer beträgt für Gewerbe und Industrie 9,3. Für die Landwirtschaft ist die Zahl etwas niedriger, ungefähr 6 pro 1000. Die gleiche Höhe weisen die staatlichen Betriebe auf, unter denen die Eisenbahn mit 7,1 beteiligt ist. Vergleichen wir damit einmal die Zahl der beim Fahren auf der Eisenbahn verunglückten Passagiere, so ergibt sich die Ziffer 0,0008 oder mit andern Worten: auf 1.260.145 Fahrgäste kommt ein Verletzter. Die Wahrscheinlichkeit, in seinem Berufe zu verunglücken, ist also ungefähr 1000mal größer als die, bei einer Eisenbahnfahrt zu Schaden zu kommen.

**„Die Streiks im Jahre 1902 nach der amtlichen und gewerkschaftlichen Statistik.“** herabstellt eine Veröffentlichung des Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, E. Legien. In der Einleitung wird der ablehnende Standpunkt der Gewerkschaften gegen die amtliche Statistik hervorgehoben und damit begründet, daß die Fragebogen Rubriken vorbehalten, die später gegen die Arbeiterschaft verwendet werden könnten. Aus diesem Grunde habe auch der Gewerkschaftskongress von 1899 beschlossen, die eigene Statistik zu betreiben. Diese ist nun weiter ausgebaut worden, und an der Hand des gewonnenen Materials ist sowohl für 1901 als auch für 1902 ein genauer Vergleich zwischen den Ergebnissen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik gemacht worden. Dabei hat sich ergeben, daß die amtliche Statistik vollständig unzureichend ist. Für 1901 wurde festgestellt, daß in der amtlichen Statistik 220 Streiks mit 5310 Personen fehlten, über die in der gewerkschaftlichen Statistik unter Angabe genauer Daten berichtet wurde. Ferner waren seitens der Gewerkschaften 49 Streiks mit 293 Beteiligten verzeichnet, über die nicht spezielle, sondern nur summarische Angaben gemacht waren und außerdem wurde noch nach Abschluß der Gewerkschaftsstatistik über 47 Streiks mit 640 Beteiligten im Baugewerbe berichtet, so daß im Jahre 1901 in der amtlichen Statistik über 316 Streiks, die in Deutschland stattgefunden hatten und an denen 6243 Personen beteiligt waren, nicht berichtet worden ist. Für 1902 ist das Ergebnis des Vergleiches noch ungünstiger. Während 1901 die eigentliche Differenz 220 Streiks betrug, hat sich für 1902 ergeben, daß 317 Streiks mit 5874 Beteiligten amtlicherseits nicht verzeichnet sind, über die die Gewerkschaften amtlicherseits nicht verzeichnet sind, über die die Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen unter Angabe der Daten von Beginn und Ende berichtet haben. Gleichzeitig wird dem Vorwurf begegnet, daß auch in der gewerkschaftlichen Statistik Streiks fehlen, die amtlicherseits aufgezählt worden sind und es wird darauf hingewiesen, daß die gewerkschaftliche Statistik nur die Zentralverbände umfasse. Infolgedessen sind auch nur die Streiks bei Zentralverbänden mit der amtlichen Statistik vergleichbar worden. Dadurch erklärt sich dann die Differenz, daß die amtliche Statistik für 1902 465 Streiks mit 19636 Beteiligten aufzählt, die in der gewerkschaftlichen Statistik fehlen. Für 31 Streiks der amtlichen Statistik wird festgestellt, daß Gewerkschaftsvorstände entschieden in Abrede gestellt, daß sie gefunden haben. Auch berichtet die amtliche Statistik für 1902 über zwei Streiks, die bereits 1901 beendet wurden. 40 Streiks sind in der gewerkschaftlichen Statistik nicht aufgeführt.

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

28. Fortsetzung.

Schon hier? Aber wie wäre das möglich?“ fragte Dürbed.

„Easy enough, er soll sich nur einmal auf einen einzigen Monat bei einem Bauer als richtigen Knecht verbinden — er kann ja in eine Gegend gehen, wo ihn niemand kennt, und Arbeit schändet nicht.“

„Nein, gewiß nicht; aber da stehen uns doch wohl noch unsere alten Bourgeois im Wege. Dort drüben wird er gewiß arbeiten.“

„Yes“, nickte Mr. Hummel, „das ist die alte Geschichte — all about alike — aufstehen tun's die Herren, so lange sie noch einen Cent in der Tasche haben, und erst wenn ihnen das Feuer auf den Rücken brennt, dann packen sie zu, fühlen sich aber auch unglücklich dabei und schreiben Briefe voll Herzeleid nach Hause, damit sie wieder Geld geschickt kriegen.“

„Und sollte nicht doch vielleicht möglich sein, ihn dort eine Anstellung zu verschaffen?“

„No“, sagte Mr. Hummel, „entschieden mit dem Kopfe schüttelnd, „gibt's gar nicht. Solche junge gentlemen, die hier nur solche Dinge gelernt haben, die sie dort gar nicht brauchen können, laufen zu Tausenden in der country herum und müssen da erst abgeschliffen werden. Die häuften sind's, die herhalten müssen; den Kopf können sie daheim lassen, denn zum Spazieren tangt die Art nicht, und wo sie ihren Finger manchmal in einen solchen pie stecken, finden sie bald aus, daß er zu heiß für sie ist.“

In diesem Augenblick begegneten ihnen einige Offiziere und ein Herr in Zivil, Graf Rauten. Hauptmann v. Dürbed war aber so in seine amerikanischen Gedanken vertieft gewesen, daß er die Herren garnicht bemerkte, bis sie dicht

neben ihm waren und ihn grüßten; er dankte hastig und zerstreut, Hummel aber war stehen geblieben und sah ihnen nach.

„... he damned,“ sagte er dabei, indem er mit der rechten Hand in die linke schlug, „wenn ich den Gentleman nicht schon einmal irgendwo gesehen habe! Ich kann mich nur nicht besinnen, wo, oder es laufen zwei Menschen in der Welt herum, von denen der eine genau so aussieht wie der andere.“

„Welcher?“ sagte Hauptmann Dürbed zerstreut und wandte sich ebenfalls. Gerade jetzt drehte Graf Rauten den Kopf nach ihnen um, wandte sich aber augenblicklich wieder ab, als er bemerkte, daß ihm die Herren ebenfalls nachschauten.

„Der eine da, rechts — aber I don't care — hol' ihn der Teufel, aufgeblasener Mensch! So viel wie der bin ich auch, und vielleicht noch ein bisschen mehr.“

„Sie fürchten also, daß er sich vor der Arbeit scheuen wird?“ fragte der Hauptmann, das unterbrochene Gespräch wieder aufnehmend, bei dem er noch mit allen seinen Gedanken war.

„Wer? Der?“ sagte Mr. Hummel, mit dem Daumen über die Achsel zurückweisend. „Die pickart, die der schon in seinem ganzen Leben in der Hand gehabt hat, friff' ich mit Stumpf und Stiel.“

„Ich spreche von unserem jungen Auswanderer.“

„Oh, beg your pardon,“ sagte Herr Hummel, „ich dachte jetzt an ganz wen anders — ja, about der Arbeit, das hätte so weit keine Not, das würde ihm schon gezeigt werden, und wissen Sie, wenn einer muß, dann greift er auch am Ende zu; aber „leiken“ (to like, gern mögen) wird er's nicht, und wenn er deshalb weiß, wo's ihm gut geht, so bleibt er lieber hier. Leute sind immer besser gepiekt (to be pleased, befriedigt sein), wenn sie ihren alten Gewohnheiten folgen können.“

„Also auf eine Anstellung darf er nicht hoffen?“

„Now, well,“ sagte Herr Hummel, „so ganz unmöglich wäre das nicht, als Hausknecht, oder Zeitungsträger oder so (was könnte er vielleicht ankommen; aber deshalb schämt (to jump, springen) doch keiner in das amerikanische Leben hinein, noch dazu ein Leutnant. Solche feine Handschuhleute haben sie plenty drüben, an denen fehlt's nicht, denen geht's aber auch jedesmal regulär schlecht und sie passen auch nicht nach Amerika.“

„Im Grunde, lieber Herr,“ erwiderte nach einer kleinen Pause Hauptmann Dürbed, „befähigen Sie nur meine schon vorhergefaßten Befürchtungen. Ich kenne Amerika nicht selber, aber was ich darüber gehört habe, stimmt ziemlich mit Ihrer Aussage überein. Nehmen Sie meinen freundlichen Dank.“

„Oh shaw! — nonsense,“ sagte Herr Hummel, indem er die ihm jetzt gebotene Hand nahm und herzlich schüttelte, „ist sehr gern geschehen, habe Ihnen immer wieder zu Diensten, wenn Sie mehr fragen wollen.“

„Empfehle mich ergebenst, Herr Hauptmann,“ sagte der Rentamtskassierer, der bis dahin nur schweigend und bewundernd nebenher gegangen, und da der Hauptmann hier abzog, trennten sich die Herren.

In der nämlichen Zeit, wo der Hauptmann bei dem Deutsch-Amerikaner seine Erkundigungen einlegte, schritt aus dem Eckfensterhaue der kleine, bucklige Schneider quer über die Straße hinüber in die Apotheke, hielt sich aber weder unten, noch in der ersten und zweiten Etage auf, sondern stieg gleich unter das Dach, wo die Wohnungen in drei kleine Teile an ärmere Leute parzelliert waren. In dem mittleren und größeren, der die Ecke und einen Teil der Gasse inne hatte, wohnte ein Schuhmacher mit seiner Familie, rechts neben ihm ein alter Hagestolz, ein Lohndiener, und links ein junges, einzelnes Mädchen, eine Schneiderin, die aber mit ihrer Arbeit nicht ausging, sondern nur im Hause nähte. Sie nahm aber deshalb auch Weisnäheri an, und

will sie entweder nicht genehmigt worden sind oder nur wenige Stunden dauerten. Die amtliche Statistik weist für 1902 insgesamt 1084 Streiks und 51 Ausperrungen auf, die gewerkschaftlich 849. Amtlich waren 64217 Personen, gewerkschaftlich 54686 Personen als beteiligt gezählt. Amtlich sind ferner über 29 Weltausperrungen mit 4873, von gewerkschaftlicher Seite wird über 12 Weltausperrungen mit 1027 Beteiligten berichtet. Vielfach ist bei der amtlichen Statistik eine Doppelzählung vorgekommen. Das Hauptgewicht aber legen die Leserschen Ausführungen auf die Tatsache, daß in der amtlichen Statistik auch für 1902 nicht weniger als 317 Streiks mit 5874 Beteiligten fehlen. Eine Statistik, die mit solchen Hilfsmitteln arbeitet, sei schon dann unzureichend, wenn zwei oder drei Streiks fehlen. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß das kriminelle Material, das die amtliche Statistik aufweist, höchst mangelhaft und unzulänglich ist. Die Gewerkschaften hätten daher recht, wenn sie sagten, daß die Statistik keine Kriminalstatistik sein solle. Solange sie dies aber sei, würden die Gewerkschaften ihre eigene Statistik weiter ausbauen. Auf Seite der Gewerkschaften läge der Schaden bei dem heutigen Zustande sicher nicht.

**Totenliste der Partei.** Einer von denen, die das Sozialistengesetz zwang, sich eine neue Heimat in Amerika zu suchen, der Schutzmacher Karl Kürschner, ist kürzlich in New York gestorben. Im Jahre 1848 geboren, kam er 1870 nach Hamburg Altona. Dort war er in der sozialistischen Bewegung sehr tätig, auch nach der Vereinigung der „Eisenacher“ mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, und ebenso eifrig wirkte er für die sozialdemokratische Partei nach dem Erlaß des Ausnahmengesetzes. In den schweren Tagen, die dem Schandgesetz folgten, war Karl Kürschner einer von den Männern, die keine Gefahr scheuten, wenn es sich darum handelte, die Beschüsse der Partei auszuführen. Dafür wurde er mehrere Male in Haft genommen. Am 2. November 1880 wurde er aus Hamburg Altona ausgewiesen. Er kam nach Amerika, entschlossen, für dieselben Prinzipien, für die er „drüben“ gekämpft, auch hier zu seinem Lebensende dieser Pflicht Genüge geleistet.

**Deutscher Reichstag.**

Original-Bericht des „Lübeder Volksboten“

Berlin, den 14. Januar 1904.

11. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf von Posadowsky. Eingegangen ist eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über das Treiben der russischen Geheimpolizei und den Königsberger Geheimbundprozess. Auf der Tagesordnung steht zunächst der schleunige Antrag Auer und Genossen (S.D.) wegen Einstellung eines gegen den Abgeordneten Thiele (S.D.) schwebenden Strafverfahrens.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Es folgt die Interpellation Dr. Becker-Offenbach und Genossen (N.L.) betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung der selbständigen Handwerker unter Zugrundelegung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Namens der Antragsteller begründet darauf die Interpellation

Dr. Becker (N.L.): Die durch die kaiserlichen Erlasse von 1881 inaugurierte Sozialpolitik hat viel dazu beigetragen, die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Arbeiter zu heben. Aber nicht nur die Arbeiter gehören heute zu den wirtschaftlich Schwachen, sondern auch der deutsche Handwerkerstand, der Gefahr läuft, zum Proletariat herabzusinken, wenn nicht der Staat rechtzeitig eingreift. Wir haben heute noch etwa 1 400 000 selbständige Handwerker in Deutschland; von diesen haben höchstens 5 Proz. über 4000 Mk. Einkommen. Der Wunsch der Handwerker geht nun dahin, alle Handwerker ohne Unterschied des Einkommens zu versichern. Die Handwerkerpensionskassen haben sich nicht bewährt. Die Beiträge für diese Kassen sind unerschwinglich hoch. Auch die Versicherung bei den Privatgesellschaften ist wegen der geringen Leistungen unmöglich. Das Gesetz sieht zwar die fakultative Versicherung der selbständigen Handwerker vor, aber von dieser wird vielfach deshalb kein Gebrauch gemacht, weil die Handwerker nicht in der Lage sind, die Wohlthaten der Versicherung aus eigenem Antrieb einzusehen. Die Mehrzahl der Handwerker sieht auf dem Boden der Zwangsversicherung. Mit dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung in dieser Richtung würde sich die Regierung den Dank tausender, Gott sei Dank auf vaterländischem Boden stehender Handwerker erwerben. (Beifall h. d. Hall.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Ausführungen des Herrn Vorredners machen seinem Herzen alle Ehre, aber eine verantwortliche Regierung hat die Pflicht, in einer solchen grundlegenden Frage nicht nur mit dem Herzen, sondern auch mit dem Kopfe zu prüfen. Der Interpellant sprach den Grundfak, daß alle Staatsbürger Anspruch auf die Hilfe des Staates haben sollten, soweit es sich um Sicherung ihrer Zukunft handelt. Das ist ein äußerst gefährlicher Grundfak, dessen Annahme uns allerdings dem Idealstaate des Herrn Bebel sehr nahe bringen würde. (Vielfaches sehr richtig! rechts.) Der Abgeordnete hat erklärt, wenn wir das nicht täten, läge darin eine nationale Gefahr; ich stehe auf dem Standpunkte, daß eine nationale Gefahr für Reich und Staat darin läge, wenn wir den Grundfak annehmen, den er hier von der Tribüne verkündet hat. Die kaiserlichen Vorkämpfer, auf die sich der Vorredner bezogen hat, betrafen lediglich die unselbständigen Klassen der Bevölkerung, die Arbeiter. Der Reichstag hat allerdings bei der Beratung des letzten Invalidenversicherungsgesetzes diesen Grundfak teilweise verlassen, indem er in § 2 die fakultative Versicherungspflicht von Handwerkern, die nicht mindestens einen Lohnarbeiter beschäftigen, statuierte. Allerdings hat der Bundesrat von dieser Bestimmung noch keinen Gebrauch gemacht. Es handelt sich jetzt darum, ob der Staat im Wege der Versicherung die Verpflichtung übernehmen soll, für die Zukunft nicht nur der unselbständigen, sondern auch für die selbständigen wirtschaftlichen Existenzen. Es fragt sich, ob wir diesen Kubiton überschreiten sollen. Der Herr Abgeordnete möchte gern das gesamte Handwerk ohne Rücksicht auf die Einkommenverhältnisse der Versicherung zuführen. Aber noch gibt es zahlreiche Handwerker, deren Handwert goldenen Boden hat, (Unruhe rechts) und wenn wir diese versichern, werden andere Erwerbskategorien mit noch viel größerem Rechte die gleiche Anforderung an das Reich stellen. Wenn wir die Handwerker versichern, so können daselbe auch die kleinen Kaufleute — und es gibt deren mit sehr unsicherer Zukunft — auch verlangen. Ich kann Sie versichern, daß selbst zahlreiche Großbauern in ihren Einkommen viel ungünstiger da stehen und eine viel unsichere Zukunft haben, als viele Handwerker. Und mit demselben Recht würden dann weiter auch Künstler, Gelehrte, Ärzte und Apotheker die gleiche obligatorische Versicherung verlangen. Wenn Sie also einmal diesen ungeheuer wichtigen Schritt tun wollen, auch wirtschaftlich selbständige Existenzen zu versichern, dann werden wir dazu kommen, die Versicherung auf sämtliche Staatsbürger bis zu einem gewissen Einkommen auszudehnen. Dann wären wir bei dem Zustande angelangt, der in Neuseeland, Neu-Südwest und Victoria teilweise bereits besteht. Der Herr Vorredner meinte, eine solche Regelung der Frage würde von den Handwerkern mit Freuden begrüßt werden. Daran zweifle ich nach den Verhandlungen der Innungsvertreter in Düsseldorf, wo die Ansichten sehr geteilt, ja sogar zum Teil ablehnend waren. Noch anders würden die Handwerker urteilen, wenn sie sich über die Folgen der Zwangsversicherung vollkommen klar würden. Der Handwerkerstand wird die Beiträge seiner Zwangsversicherung selbst zu tragen haben, während für die Arbeiter die Hälfte von den Unternehmern geleistet wird. Selbst wenn der Staat einen Zuschuß leisten würde, häuften die Handwerker sehr bald das Gefühl, daß die Renten sehr kleine, die Beiträge, namentlich für die schwächeren Existenzen unverhältnismäßig hoch seien. Dem Vorredner ist ein Irrtum unterlaufen bezüglich der gesetzlichen Bestimmungen für die gegenwärtige Versicherung der Handwerker. Er meinte, von der Weiterversicherung der sich selbständig machenden Gehülften werde kein Gebrauch gemacht, weil diese sich das eingezahlte Geld zurückzahlen lassen, um einen Fond zu haben. Das ist unrichtig, denn nur Mädchen, die sich verheiraten, haben das Recht, die Einzahlungen zurückzuverlangen. Ich habe in jüngster Zeit mich mit der Frage beschäftigt, wie die Versicherungsanstalten in Deutschland ihre Geschäfte betreiben und habe bemerkt, daß die Renten in einzelnen Versicherungsgesellschaften in einer Weise gestiegen sind, die mir zum Teil große Besorgnisse für die Zukunft gewisser Anstalten einflößen. Die Privatbeamten haben schon sehr deutlich an die Zwangsversicherung für die Arbeiter aus tiefster Ueberzeugung für richtig, aber andere Staaten, mit älterem volljähigem Leben als Deutschland, haben schon bei Einführung der Arbeiterversicherung Bedenken darüber geäußert, daß der Staat in solchem Maße verantwortlich gemacht wird für die Zukunft ganzer Kategorien von Staatsbürgern. So richtig ich aber die Zwangsversicherung für unselbständige Existenzen halte, so kann man das Versicherungsprinzip auch übertreiben, so daß schließlich die Eigenhaft selbst für seine Zukunft zu sorgen, gelähmt wird. (Sehr richtig! rechts.) Das kann eine höchst bedenkliche wirtschaftliche Wirkung haben für den Charakter eines Volkes. Ich komme nun zu den finanziellen Folgen. Sie haben den Postarat unter der Bedingung bewilligt, daß bis zum Jahre 1910 die Witwen- und Waisenerversicherung eingeführt wird. Ich habe mich mit der Frage sehr eingehend beschäftigt und dem Bundesrat wird demnach eine

Dentschrift über diese Frage zur Prüfung zugehen. Es hat sich ergeben, daß, wenn man die Versicherung selbst auf die allerschmälste Grundlage stellt, es unmöglich ist, die Witwenversicherung zu einzurichten, daß sie ohne Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber auskomme. (Sehr! Sehr! h. d. Soz.) Und selbst wenn die Beiträge, die für die Versicherungen vorbehalten sind, wirklich einkommen, wird man eine allgemeine Witwenversicherung nicht einführen können, sondern sich beschränken müssen auf Witwen, die wirklich bedürftig sind. Und das ist der nächste und wichtigste sozialpolitische Schritt, den wir tun sollten. Ich frage Sie, ob es richtig wäre, in einem Augenblick, wo die sozialpolitische Gesetzgebung nach allen Richtungen in der Reform begriffen ist, einen völlig neuen und wie ich glaube nach-gewiesenen Weg zu beschreiten. Sie können von mir und demverblüdetenRegierungennicht verlangen, daß wir uns in einer so entscheidenden Frage im gegenwärtigen Augenblick nach irgend einer Richtung festlegen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Sattler (N.L.) beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation. Trimborn (S.) hofft, daß man sich über die Modalitäten der Witwen- und Waisenerversicherung verständigen werde und geht sodann zur Besprechung der Interpellation über. Die Zahlen, die der Herr Interpellant über die freiwillige Versicherung der selbständigen Handwerker gegeben hat, scheinen mir unerschütterlich, wenngleich es Tatsache ist, daß von der freiwilligen Versicherung ein minimaler Gebrauch gemacht wird. Die Schuld liegt zum Teil an den Handwerkern selbst. In den Meisterkursen müßte auf die Notwendigkeit der Selbstversicherung hingewiesen werden. Bevor wir an die Erfüllung des Wunsches der Handwerker schreiten, müßten die Ansichten der beteiligten Kreise geklärt sein. Der Handwerkerlag hat sich zwar für die Zwangsversicherung ausgesprochen, aber von einer Einkommensgrenze in Handwertkreisen ist noch keine Rede. Die jetzige Generation der Handwerker wird die Erfüllung dieser Forderung kaum erleben, ihr kann man nur raten, sich der freiwilligen Selbstversicherung zu bedienen.

Mollenhuth (S.D.) Schon im Jahre 1882 haben mein Freund Bebel und seine Parteifreunde beantragt, auch alle selbständigen Handwerker, sofern ihr Einkommen 2000 Mk. nicht übersteigt, unter die Invaliditätsversicherung zu stellen. Herr Dr. Becker kennt offenbar diesen Antrag nicht. Das ist bei der totalen Unkenntnis, die er in seiner heutigen Rede über die Versicherungsgesetzgebung offenbart hat, auch nicht verwunderlich. (Seiterkeit links.) So behauptete er, daß die Gesellen, die sich selbständig machen, ihre Einzahlungen zurückverlangen erhalten. Er hat die Gesellen mit den versicherungspflichtigen Arbeiterinnen verwechselt, die bei der Verheiratung die Beiträge zurückverlangen. Er scheint demnach die Ehe für einen selbständigen Handwerksbetrieb zu halten. (Große Seiterkeit.) In der Frau der Meister ist. (Erneute Seiterkeit.) Dr. Becker sollte unsere sozialpolitischen Gesetzesentwürfe lesen und die Gesetze darnach ergänzen. Bei diesem Studium würde er sich dann häufig Kopfschmerzen und andere nervenähnliche Erscheinungen ausziehen. (Große Seiterkeit h. d. Soz.) Abg. Trimborn hat zweimal eine ganz verschiedene Meinung in Bezug auf die Ausbringung der Mittel für die Witwen- und Waisenerversicherung geäußert. In der Kommission wollte er die Mittel zur Hälfte aus den Zinsen des anzusammelnden Fonds, zur Hälfte aus Beiträgen der Versicherten und Arbeitgeber aufgebracht wissen. Im Plenum aber erklärte er, daß im Kreise seiner Freunde Bedenken obwalten, diese Beiträge gesetzlich festzusetzen. In Bezug auf die Interpellation macht der Staatssekretär einen großen Unterschied zwischen unselbständigen und selbständigen Handwerkern. Letzere sollen in die Versicherung nicht einbezogen werden. Tatsächlich sind aber sehr viele Handwerker einfach zum Hausarbeiter für irgend einen Kaufmann herabgedrückt. Schon der Abg. Grillenberger wies auf diese Tatsache hin. Das Zurückdenken eines Teiles der selbständigen Handwerker in den Arbeiterstand kommt nur bei der Invalidenversicherung für sie nachteilig zur Geltung, da dieser Teil von Neuem mindestens 200 Wochenbeiträge zu zahlen hat, um in das Recht einer Rente einzutreten. Da aber die Auffangung des kleinen Handwerkers durch die Großindustrie immer reicher fortgeschritten, so müßten auch die selbständigen Handwerker in die Versicherung einbezogen werden, vor allem, da sie in den Jahren, in denen sie am besten gestellt sind, die Beiträge sehr leicht zahlen können; um später die Wohlthaten dieser Versicherung zu genießen. Damit würde kein so großes finanzielles Experiment gemacht werden. Es ist dringend nötig, daß die Leute, die an der Grenze der Arbeiterschaft stehen, mehr und mehr in die Versicherung hineinbezogen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung geht rapid vor sich. Das Großkapital jagt den kleinen Mittelstand immer mehr auf. In einzelnen Industriezweigen geht diese Entwicklung besonders rasch vor sich, so in der Eisen- und Schiffbauindustrie. Je mehr sich das Großkapital entwickelt, desto mehr schwindet das Handwerk und der kleine Handwerker wird Lohnarbeiter. Als solcher ist er schlechter gestellt, als der gewöhnliche Arbeiter, denn dieser hat Versicherungsrechte

da sie außerordentlich geschäftig und reich arbeitet, hatte sie so reichlich zu tun, daß sie oft bis spät in die Nacht aufbleibe wachte. Länger wurde nun gerade diese Arbeit so schlecht bezahlt, daß sie trotzdem wenig mehr als das Notwendigste verdiente; aber das arme Kind hatte auch nur sehr wenig Bedürfnisse, und so half sie sich christlich und reichlich durch's Leben, wie so viele tausend arme Mädchen mehr.

Wie hing die Treppe hinauf, bog links ab und klappte gleich darauf an die kleine Tür, die eines kleinen Papiervandens trug, auf dem nur die Worte standen: „Katharina Peters, Räuberin.“

„Gut!“ sagte eine klare Stimme, und sein Häutchen in der Hand, betrat der kleine Krüppel den Raum, der Katharina Peters' Heim bildete.

Es war ein enges, niederes Zimmer mit einem einzigen Fenster, nach dem zu sehen noch etwas abgegrünelt, und einem kleinen Kammerbänke davor, der der Arbeiterin zum Schlüpfort diente; aber etwas Süßeres lag für sie nicht weiter als der enge Raum. Die Dielen waren so weiß geputzt, daß man sich selbstlich schonte, den Fuß darauf zu setzen; an dem Fenster hingen nur lange Gardinen, aber sie waren rot, und sie waren dem Mädchen herabgehungen worden, und sein Gesicht lag auf der leuchtenden Kammerbank, auf dem schmalen Sitzkissen über dem kleinen Tisch, der in der Mitte der Ecke stand und wohl zu allen möglichen Zwecken dienen mochte.

„Vermuthung?“ sah sie plötzlich auf, wie hier oben, wenn man nicht eine alte Schwarzwaldler Uhr und ein paar am Fenster hängende Kleiderstücke mit Bildern und Zeichnungen hätte dazu stehen lassen, und ein Fenster selber in einem kleinen Kasten, die prächtigen, klein, hübschen, kleinen goldenen Spitze haben am Kopf zusammengelegt, eine

weiße, blaue, graue Schürze vorgebunden und ein dünnes, weißes, kleines Tuch um den Hals gelegt, sah Katharina Peters, eifrig mit ihrer Arbeit beschäftigt, und hob kaum den Kopf, als sie den Besuch erkannte; aber ein freundliches Lächeln glitt über die Lippen, und freudlich rief sie ihm entgegen: „Katharina Peters, Herr Rotz; kommen Sie herein und setzen Sie sich einen Augenblick auf den Stuhl. Nur drei Knöpfe habe ich noch anzuziehen, und die sollen im Handumdrehen fertig sein.“

„Gut, Tag, liebes Fräulein!“ sagte Rotz mit seiner kranken, melancholischen Stimme; ich bin nicht etwa hergeschritten, um Sie zu trösten, wir haben aber jetzt gerade Mittag, und ich wollte eigentlich nur sehen, wie Ihre Arbeit fährt.“

„Ich, ich bekomme zu viel Abgasmung.“ sagte die kleine Räuberin, „und warum auch die Knöpfe schon angezogen; aber der Herr Rotz soll gewiß nicht warten, wenn ich ihm etwas verpönde. Er ist immer gar so lieb und freundlich gegen mich.“

„Wie soll es nicht?“ sagte Rotz, „und Sie es doch auch gegen alle Mädchen.“

„Sagen Sie mir einmal, da die Fremden an, Herr Rotz,“ sagte die Räuberin, ohne aber von ihrer Arbeit anzusehen, und die weißen, kleinen Finger waren dabei rasch tätig — „auf dem Tisch liegen sie; es ist so seine Ordnung, und sie haben sich so gut gemacht. Ich denke, der Herr Rotz wird zufrieden sein.“

„Und das Alles haben Sie ganz allein mit der einzigen Hand in der letzten Zeit fertig gemacht?“ sagte Rotz erstaunt.

„Ach, wenn man sich dazu hält, kann man ein tüchtiges Stück anfertigen; die Finger werden's gewohnt, und dann haben's.“

„Und wie viel Stunden haben Sie die Nacht dabei geschlafen?“

„Ich brauche nicht viel Schlaf, Herr Rotz. Wenn ich drei bis vier Stunden habe, bin ich wieder frisch für den ganzen Tag.“

„Aber Ihre Augen — wissen Sie, Fräulein, daß die in der letzten Zeit recht häßliche rote Ränder bekommen haben?“

„Das rührt wohl nur von einer Erkältung her.“ sagte das junge Mädchen und versuchte zu lächeln. „Wie wir neulich das so warme Wetter hatten, habe ich mit meinem dünnen Kleid ein paar Stunden am offenen Fenster gesessen; die Vögel brauchen zwischerten so lieb, und ich hatte sie so lange nicht gehört, und da muß ich mir wohl einen Schnupfen geholt haben.“

Rotz senkte leise vor sich hin, aber er erwiderte kein Wort, und das junge Mädchen schien nun um so viel aufmerksamer an den Knöpfen zu nähern, bis sie den letzten fest hatte und dann mit einem frohen Ausdruck in den Augen sagte: „So, Herr Rotz, das wäre auch gemacht, und sagen Sie dem Herrn Rotz — sie faltete dabei das Stück knäpfericht zusammen und legte es zu dem Uebrigen — „aber ich kann sie Ihnen doch nicht mitgeben, ich will sie lieber selber hinüber bringen.“

„Und wenn Sie damit über die Straße gehen können, glauben Sie, daß ich mich deshalb schämen soll?“ erwiderte der kleine Mann. „Nein, liebes Fräulein, ich bin ja gerade nur deshalb herüber gekommen, um Ihnen die Treppe abzuziehen, und hier,“ sagte er dann hinzu, „als er das Geld auf den Tisch legte, schickte Ihnen der Herr Rotz auch gleich den Arbeitslohn, denn er mag nicht gerne Schulden haben.“

gewonnen, die jenem abgehen. Deshalb waren wir bereits vor Jahren für eine entsprechende Ausdehnung der Versicherung. Wir befanden uns damals freilich im Gegensatz zum Zentrum, das ja sonst so sehr positive Sozialpolitik treibt. Die bestand damals darin, die meisten Arbeiterkategorien von der Unfallversicherung auszuscheiden. Dagegen habe ich mich jetzt sehr gewundert, daß die Nationalliberalen die Bahn unserer sozialpolitischen Vorkämpfer haben. Sie sind also jetzt die „wütenden Rädler“, die an die niedrigsten Leidenstände appellieren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das Zentrum aber braucht aus der Unfallversicherung nur noch die Fabrikarbeiter zu streichen, dann ist seine Sozialpolitik wahrhaft positiv. Für die Witwen- und Waisenversicherung möchte ich der Regierung eine Anregung geben, die selbst, wenn sie von einem niedrigen Arbeiter kommt, in Erwägung gezogen werden dürfte. Die Witwe erhält die Beiträge des versicherten Arbeiters zurück, wie wäre es, wenn man diese Rückgabe beibehält und dafür den Rechtsanspruch des Mannes ihr zuschreibt. Allerdings wäre es ein großes Risiko für die Versicherung. Rund zwei Millionen Mark zurückgezahlter Beiträge würden der Versicherung bleiben. Warum wird nur die Invaliditätsversicherung der Handwerker gewährt? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Für uns ist die Interpellation insofern interessant, als die Nationalliberalen dem Reichskanzler zustimmten, als er unsere Tätigkeit einen Appell an die niedrigsten Leidenstände nannte, während Sie nun in unsere Fußstapfen treten. Wir ersten unser altes Eigentum sehr wohl wieder, das Sie (zu den Natlib.) aus unserem Arsenal genommen haben. (Beifall b. d. Soz.)

Böckler (Antif.): Der Staatssekretär hat schließlich doch die Interpellation rundweg mit „nein“ beantwortet. Dabei wäre die Entlastung des Mittelstandes nur gerecht und würde nicht zum Staate des Herrn Weibel, sondern zur Stärkung des nationalen Staates dienen. Wir können den Kubikon, der übrigens ein ganz kleiner Fluß ist, ruhig überfließen lassen. Eine Scheidung der selbständigen und unselbständigen Handwerker ist unmöglich, denn die Warenhäuser verdrängen die selbständigen Handwerker immer mehr. Die große Mehrheit der Handwerker steht auf dem Boden der Revolution und ist tief erbittert über ihre Benachteiligung durch die Regierung. Gegner der Zwangsversicherung sind nur die Handwerker, die von der manchesterlichen Judenpresse ihre Nahrung beziehen. Aber von der heutigen Regierung ist nichts zu erwarten. Unsere höchsten Stellen sind verballinhert. (Heiterkeit.) Freundschaft aus Palästina und Amerika bringen bis zu den Stufen des Thrones. (Stürmisches Gelächter.) Einst nahmen den deutschen Kaiser nur die Städte auf, die unter der Herrschaft der trotigen Innungsmeister standen; kommt der Kaiser wieder in Gefahr und der Mittelstand ist nicht mehr leistungsfähig, dann gute Nacht, Kaiser und Reich! (Große Heiterkeit.)

Bachmann (Bv.): Die bisherige Handwerkerregelung hat sich noch nicht bewährt. Jetzt sollen wir wieder unbedacht das Reichsamt des Innern ablehnend verhalten. Auch in den Handwerkerkreisen ist die Stimmung plötzlich umgeschlagen. Dasselbe Recht wie die Handwerker können viele andere Berufsstände in Anspruch nehmen. Das wäre eine Umgestaltung unserer ganzen sozialen Formation. Und die Lücke der Unruhe wird der Reichszuschuß immer mehr erhöhen. Auf die Einnahmen aus dem Zolltarif sind schon so viele Ansprüche erhoben. Die private Versicherung ist hier besser anpassungsfähig. Für übrigen wollen wir uns gern an der Prüfung des Materials beteiligen. (Bravo! links.)

Höller (Rp.): Ich fürchte, bei der Interpellation wird nicht sehr viel herauskommen. Der Wunsch nach Einbeziehung in die Zwangsversicherung besteht tatsächlich bei zahlreichen Handwerkern, und etwas gar so gefährliches kann sie auch kaum sein, da ja die fakultative Versicherung für das Handwerk schon heute gesetzlich besteht. Ein sozialer Nutzen ist ja durch die Versicherung der Arbeiter eigentlich nicht erreicht worden, wenn man den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Massen bedenkt. Aber im Handwerkerstand handelt es sich um durchaus monarchische und staatsbehaltende Elemente, denen die Wohlthat der Invaliditäts- und Altersversicherung wohl gönnen kann. Ich hoffe, daß die Regierung die Frage wohlwollend prüft. (Bravo rechts.)

Scheele-Wunstorf (Welfe) hält eine allgemeine Regelung der Versicherung bei der Verschiedenheit der Verhältnisse im Handwerk für undurchführbar. Mit solchen Ideen gehen wir immer mehr zum sozialistischen Staat über, in dem jede individuelle Freiheit (Lachen b. d. Sozialdemokraten) aufhört. Redner warnt vor einem Schritte, wie ihn die Interpellation will.

Bailli-Balsdam (K.): Die Lage des Handwerks ist unhaltbar. Die Handwerker können es nicht verstehen, daß sie zu den sozialpolitischen Lasten herangezogen werden, ohne den geringsten Vorteil davon zu haben. Warum tragen nicht die Leute mit den großen Vermögen zur Tragung der sozialpolitischen Lasten herangezogen? (Bravo! rechts.) Die Frage wird immer wieder an den Reichstag herantreten, bis sie gelöst sein wird. Der Handwerker ist ein guter deutsch-national und patriotisch gesinnter Mann, der wird nie zur Sozialdemokratie übergehen. (Große Heiterkeit b. d. Sozialdemokraten.) Gewiß gibt es Ausnahmen, auch einige von Ihnen (zu d. Sozialdemokraten) sind ja Handwerker gewesen, jetzt aber treiben Sie ganz andere Sachen, es fällt Ihnen gar nicht ein, ein Handwerk zu treiben, dazu sind Sie auch nie brauchbar gewesen. (Gr. Heiterkeit bei d. Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Chlapowski (Pole): Stimmt dem Verlangen der Interpellation zu.

Baigi (M.) vermißt eine Antwort der Regierung auf die Frage, welche Schritte sie tun wolle, um die Wünsche der Handwerker zu erfüllen. Graf Posadowsky hat freilich erklärt, daß wenig Aussicht auf Erfüllung der Forderungen der Handwerker besteht. Bedauerlich ist nur, daß die Regierung nicht schon früher so gesprochen hat, dann hätten die Handwerker ihre Ziele näher stecken können. Herr Wolfenbühl beschuldigte meinen Freund Becker des Plagiats. Wir haben den Antrag der Sozialdemokratie aus dem Jahre 1889 sehr wohl gekannt, damals aber handelte es sich zunächst um die Arbeiterversicherung. Jetzt nach Vollendung des großen Werkes ist der Zeitpunkt gekommen, auch an die Versicherung der Handwerker zu denken. Ich kann nicht anerkennen, daß wir damit einen Schritt in den Zukunftstaat machen. Die Schwierigkeiten des Werkes dürfen uns nicht kümmern; sie zu überwinden ist Sache der Regierung. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Gulex (B.): Die von einzelnen Handwerkerorganisationen gefassten Resolutionen verlangen nur eine Prüfung der Frage der Invaliditätsversicherung der Handwerker, nicht mehr. In München sprach 8 Redner für, 8 Redner gegen die Zwangsversicherung der Handwerker, aber das waren alle keine Handwerker (Heiterkeit), sondern Handwerkskammer-Sekretäre. Wir können uns für die Zwangs-

versicherung der Handwerker nicht begeistern. Mich wundert, daß der Antrag jetzt von nationalliberaler Seite kommt, während die Nationalliberalen den Handwerkern den Innungszwang stets verweigert haben. Öffentlich ordnet die Regierung bald die obligatorische Einführung der Meisterprüfungen an, damit ein gebildeter Handwerkerstand herangebildet werden kann. Dann wird das Handwerk nicht verloren sein! (Beifall im Zentrum.)

Hagemann (M.) erinnert an die Boykotte, die anlässlich der Wahlen von der Sozialdemokratie gegen einzelne Handwerker verhängt worden sind; trotzdem haben sich die Handwerker in ihrer Besinnung nicht wendend machen lassen. Deshalb sollte die Regierung alles tun, um der Erbitterung, die im Handwerksstande vielfach herrscht, Einhalt zu tun. Die Krankenversicherung obligatorisch einzuführen, ist nicht notwendig, da die Vorteile dieser Versicherung so einleuchtend sind, daß die Handwerker auch heute schon zum größten Teil gegen Krankheit versichert sind.

Wolfenbühl (SD.): Unsere Ansicht, daß das Kennzeichen der wirtschaftlichen Tendenzen. Herr Baigi meinte, die Neuerung des Reichskanzlers treffe nicht die Nationalliberalen, sondern nur unsere Tätigkeit außer dem Hause. Der Reichskanzler sagte: „Organisation, Opferfreudigkeit, Disziplin 1a.“ — Das bezieht sich auf unsere Tätigkeit außer dem Hause. Dann fragte er den Genossen Baigi, wo denn unsere positiven Leistungen wären und fuhr fort: „Ich sehe nur fortgesetzte wüste Kritik, einen Appell an die niedrigsten Leidenstände.“ Das bezieht sich auf unsere Tätigkeit hier im Reichstag. Diefem Worte haben Sie damals zugestimmt. Ich habe aber bewiesen, daß Ihr Antrag aus einem früheren von uns lediglich übernommen ist. Trifft also die Neuerung des Reichskanzlers unsere Tätigkeit, so trifft sie auch die Ihre. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch Graf Posadowsky hat Ihren Antrag den ersten Schritt in das Reich Weibels genannt. Herr Hagemann hat uns vorgeworfen, daß wir die Handwerker ihrer politischen Bestimmung wegen boykottieren. Daß wir Handwerker der politischen Bestimmung wegen boykottieren, wird uns Herr Hagemann schwerlich beweisen können. Sie freilich (nach rechts zu den Natlib.) pflegen Leute wegen ihrer politischen Bestimmung brotlos zu machen und folgen damit dem Beispiele des Staates, aber so schlecht wie der Staat sind wir Sozialdemokraten noch lange nicht. (Heiterkeit und Beifall b. d. Soz., Unruhe rechts u. b. d. Natlib.)

Trimborn (B.) bestreitet, daß sich seine Partei auf die Art der Beitragshebung für die Witwen- und Waisenversorgung festgelegt habe. Abgeordneter Wolfenbühl habe seine damals gehaltene Rede nicht vollständig zitiert. Solchen Legendenbildungen müßte er sofort entgegenzutreten, damit sie nicht unverkündeter würden. Er meine die Legendenbildung, nicht die Legendenbilder. (Gr. Heiterkeit.) Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die heutige Debatte den Zweck haben werde, daß alle heute besprochenen Fragen bei der Staatsberatung des Reichsamts des Innern werden ausgedrückt werden können.

Trüblich (Ant.): Die Handwerker müssen geschützt werden. Schon ist die Unzufriedenheit so groß, daß drei Viertel von ihnen sozialdemokratisch gewählt haben, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Die Handwerker müssen sich mit kleinen Wohnungen begnügen, während die Börsenfürsten in Palästen der Tiergartenstraße hausen. (Lachen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Einem der Redner hat meine Zitat in Bezug auf den Kubikon bemängelt. Ich glaube, seine geschichtlichen Kenntnisse waren nicht ganz taktvoll. (Heiterkeit.) Caesar betrat, nach Mommsen, als er den Kubikon überschritt, die Bahnen der Revolution, die die Wärfel waren gefallen. Darauf bezog sich mein Vergleich, daß ich sehr ernst darauf hinweisen wollte, wenn man die Reichszwangsvorsicherung auch auf die selbständigen Existenzen ausdehnt, man die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung umwälzt. Darin und nicht im Wasserstand des Flusses lag mein Vergleich. (Heiterkeit.) Wenn Handwerker sozialdemokratisch wählen, weil der Regierung zu zeigen, was eine Härte ist, so zeigen sie nur ihr politisches Unverständnis, denn im Zukunftsstaat wird es keinen allgemeinen Befähigungsnachweis, keine Zwangsinnung und keine sozialpolitische Gesetzgebung geben. (Große Heiterkeit.) Mit Freuden habe ich die Erklärung des Herrn Wolfenbühl gehört: die Sozialdemokratie boykottiere niemand wegen seiner politischen Bestimmung. Dann unterscheidet sie sich vorteilhaft von der Sozialdemokratie in Frankreich, die den ehemaligen Minister Millerand aus der Partei ausgeschlossen hat. (Gr. Heiterkeit rechts und i. Zentr. Unruhe b. d. Soz.)

Baigi (M.): Ob es möglich war, die Handwerkerversicherung schon 1889 einzuführen, darüber werden wir uns nicht verständigen. Wenn wir uns über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten je verständigen könnten, wären Sie ja nicht Sozialdemokraten und wir nicht nationalliberal. (Heiterkeit und Sehr richtig!)

Weibel (SD.): Der Vorwurf, den Herr Trimborn gegen uns erhoben hat, daß wir 1889 gegen die sozialpolitische Gesetzgebung gestimmt haben, ist schon oft und namentlich anlässlich der letzten Wahlen gegen uns erhoben worden. Die Wirkung hat der Erfolg der Wahlen bewiesen. Wir haben nie verhehlt, warum wir gegen die Gesetzgebung gestimmt haben, weil uns das Gebotene nicht ausreichend schien. Daß wir damals recht gehabt haben, beweist Ihre Politik der letzten 20 Jahre, in denen Sie Schritt für Schritt genötigt waren, eine Forderung nach der andern zu erfüllen, die schon damals erfüllbar waren. Durch unsere „weiße Agitation“ haben wir Sie gezwungen, den Weg zu gehen, den Sie nachher betreten haben. Der Unterschied zwischen Zentrum und Sozialdemokratie war 1889 sehr groß. Das Zentrum verlangte entgegen der Regierungsvorlage eine bedeutende Einschränkung der versicherungspflichtigen Personen. Wir aber wollten das Gesetz erweitern, in der Richtung, die der heutige Interpellant nach 15 Jahren endlich verlangt. Da unsere Anträge abgelehnt wurden, waren wir genötigt, gegen das Gesetz zu stimmen. Auch ein Teil der Handwerker hat bei den Wahlen für uns gestimmt. Die Handwerker haben eben auch bereits zum Teile eingesehen, daß ihr Heil im Sozialismus liegt, trotzdem wir ihnen nie goldene Berge versprochen haben. Herr Baigi hat Recht, wenn er meint, daß eine Verständigung zwischen uns nicht möglich ist. Wenn er aber meint, daß wir durch unsere Forderungen, die zu weit gehen, der Majorität Knäpkel zwischen die Beine werfen, so ist das nicht richtig. Bei der Schwärze der Opposition gegen die Regierung muß ich anerkennen, daß auf ihrer Seite noch mehr sozialpolitisches Verständnis ist, als bei der Mehrheit dieses Hauses. (Große Unruhe rechts.) Uns ist agitativeres Vorgehen vorgeworfen worden. Es gibt aber keine leidenschaftlichere Agitation, als die agrarische in den letzten drei Jahren. Wir müssen uns schon von Staatsanwalt angeklagt werden wegen Äußerungen, die Sie (nach rechts) ruhig riskieren können. (Abg. Graf Kamig ruft: Welche Äußerungen? — Unruhe.)

Präsident Graf Wallesleben: Über meine Herren,

ich mache Sie doch darauf aufmerksam, daß es 1/7 Uhr ist. (Gr. Heiterkeit.)

Weibel (fortfahrend): Ich erinnere nur an das kürzliche Redebuell zwischen Dr. Heim und dem Bauernbändler Dr. Gäch in der bayerischen Kammer. (Gr. Heiterkeit.) Ihr Sündenregister ist fertig, was es auf einem sozialdemokratischen Parteitag alles kommen ist. (Gelächter rechts.) Wir vertreten die Armen, die Arbeiter, die heute nach einer menschlichen Existenz streben, was die bürgerliche Gesellschaft noch nicht als berechtigt anerkennen will. (Unruhe rechts, im Zentr. u. b. d. Natlib.) Das sind zwei Lager, in die die Welt geschieden ist, einen Ausgleich der Gegensätze gibt es nicht. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Dr. Bachem (B.): Hätten wir allen sozialdemokratischen Anträgen Folge gegeben, so hätten wir heute eine heillose gesetzgeberische Konfusion. Sozialpolitik muß man Schritt für Schritt machen. Sozialpolitik haben wir schon gemacht, als die Sozialdemokratie noch keine Rolle spielte. Ich erinnere nur an Bischof Keiteler. Dem Handwerk wollen wir helfen, soweit es in unseren Kräften steht. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Besprechung.  
Das Haus vertagt sich.  
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Interpellationen betr. Zeugniszwang und Freidigung der Handelsverträge.)  
Schluß 7 Uhr.

## Aus Nah und Fern.

**Aufgeklärtes aus Berlin.** Daß man in den besten Kreisen der Stadt der Intelligenz noch vielfach an Gespenster glaubt, ist erst im vorigen Jahre durch den Prozeß R o t h e bewiesen worden. Aber daß selbst Behörden bei amtlichen Handlungen die „Geister der Toten“ herbeizitiieren, dürfte sich aber doch nicht allzu oft ereignen. Ein solcher Fall ist aber in dem Dorfe Nowawes nächst Berlin vorgekommen. Zwei betrunkene Strolche — keine Studenten — halten, wie von uns bereits gemeldet, auf dem dortigen Friedhof arge Vermutungen angedeutet, Denkmäler beschädigt, Bäume abgefägt u. dergl. Die Laugenrichte wurden ertwischt und nun meldet der Zeitungsbereich: „Als man den beiden Nebeltätern bei ihrer Vernehmung vorhielt, daß die Geister der Toten, die sie in ihrer Ruhe gestört, sie zeitweilig verfolgen würden, antworteten sie ängstlich zusammen.“ — Soweit es also auf Nowawes ankommt, dürfte uns ein neues Zeitalter der Teufelsbeschwörungen und Hexenprozesse nicht mehr fern sein.

**Eine Ohrfeige — 6 Monate Gefängnis.** Weil der Soldat Schöder der 1. bayerischen Maschinengewehr-Abteilung in Augsburg einem mit eingerückten Kameraden, der inzwischen Gefreiter geworden war und am 1. November Unteroffiziersdienst v. r. sah, als Antwort auf einen scherzhaften von demselben erhaltenen Schlag mit dem Bleistift ins Gesicht, demselben eine leichte Ohrfeige verleiht, was er sich als Kamerad zu erlauben für selbstverständlich hielt, wurde er vom dortigen Kriegsgericht wegen eines militärischen Verbrechens (!) des tätlichen Verzeihens an Vorgesetzten zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt! Der Vertreter der Anklage hatte 8 Monate Gefängnis beantragt! — Vor 2 Monaten verurteilte das nämliche Gericht einen Unteroffizier, der einem Soldaten das Gehör zerstückt, ihn zum Krüppel machte, zu 7 Tagen mittleren Arrest.

**Mit der Abstrüpfung wird nun doch Ernst gemacht.** In der französischen Kammer hat der „Sozialist“ Millerand durch seine Abstimmung bekundet, er hätte es nicht für angänzig, daß Frankreich mit der Abstrüpfung beginne. Nun hat sich aber ein Monarch gefunden, dem die Sicherung des Weltfriedens mehr am Herzen liegt, als dem Pseudo-Sozialisten. Dieser Monarch ist der Fürst Albert von Monaco, der, nachdem er vor Kurzem den größten Teil seines Kriegsheers entlassen und die Soldaten an den heimischen Herd zurückgeschickt hat, nun auch den letzten Rest seiner Legionen auflösen wird. Mit 1. Juli d. J. werden nämlich auch die letzten 10 Mann und ihr Leutnant, welche die Ehrenwache des Fürsten Albert bilden, entlassen werden. Der Befehlshaber wird pensioniert und die Mannschaften werden der Gendarmarie einverleibt, die dann 80 Mann stark sein wird. Der Entschluß des Fürsten sollte in aller Stille durchgeführt werden, aber die beteiligten Soldateskapländerer und nun spricht alle Welt von diesem Akt der Abstrüpfung. Es heißt weiter, die Auflösung der monarchischen Armee wäre schon zu Neujahr erfolgt, wenn nicht „sehr hoher Besuch“ im Februar noch eine Art Ehrenparade notwendig machte!

**Verwickelte Verwandtschaftsverhältnisse.** Dr. Grenfeld, der in den Gewässern von Labrador mit dem Jagaretschiff „Strafcon“ kreuzt, fand in einer Estimo-Familie ein außergewöhnliches Verwandtschaftsproblem. Zwei Wälder, die Wälder waren, heirateten ein jeder die Tochter des anderen. So war jede Frau die Stiefmutter, Schwägerin und Konsine der anderen, während die Verwandtschaft ihrer Kinder fast zu verwickelt war, um durch gewöhnlichen menschlichen Scharfsinn festgestellt zu werden.

**Sträflinge im Pazifischen Ozean.** In Melbourne regt man sich außerordentlich über die von Sydney eingelaufene Nachricht auf, daß die Rothschilds die französische Regierung dazu zwängen, noch mehr Verbrecher nach Melkafelonen zu schaffen, damit die Leute dort in den Kaminen der Rothschilds arbeiten. Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ telegraphiert aus Melbourne, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Australiens dringend eruchtet wurde, gegen die erhöhte Verwendung derartiger Verbrecher in der Gegend des Pazifischen Ozeans zu protestieren, da heute bereits entwichene Sträflinge die neuen Hebriden unsicher machen. Der Einfluß der Rothschilds wird in Australien sehr unangenehm empfunden.

## Lübecker Stadttheater.

Der König. Drama in 4 Aufzügen von Björnsterne Björnson. Dem Auzigen gehört die Welt! Und Mut besitzt Herr Gottscheid, unseres Theaters Leiter, das muß ihm selbst der blasse Neid lassen. Von Zeit zu Zeit schließt er immer einmal seine sonntige große Vorliebe für die Operette oder das Ueberbrett ein und kommt uns dann, wie z. B. am Dienstag, hochliterarisch. Diesmal erhob er sich tatsächlich zu einem Aderflug, und keines Jagers Pfeil schnitt ihm, wie Goethes Aderjüngling, der rechten Schwinge Sehnsucht ab. Und als Beute brachte er Futterbrot für die Mündigen mit; manchem aber dünkte es auch harter Pfeffer zu sein, denn Björnson, der Dichter des „König“, pflegt kein Blatt vor den Mund zu nehmen

